



Stadtratssitzung

Donnerstag, 15. Februar 2007, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. BernMobil Verwaltungsrat; Ersatzwahl (Hayoz für Wasserfallen) (BAK: Conzetti)	07.000035
2. Dringliche Interpellation Beat Schori (SVP): Eishockey-WM 2009 (PRD: Tschäppät)	07.000018
3. EURO 08 Bern; Kredit (SBK: Röthlisberger / PRD: Tschäppät)	06.000330
4. Postulat Fraktion GFL/EVP (Barbara Streit-Stettler, EVP): EURO 08 ohne Alkohol-Exzesse (PRD: Tschäppät)	06.000203
5. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): EURO 08: Prävention für Freier (PRD: Tschäppät)	06.000171
6. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): EURO 08: Umgang mit Prostitution (PRD: Tschäppät)	06.000172
7. Interpellation Fraktion GFL/EVP (Susanne Elsener, GFL): EURO 08: Europa zu Gast bei Freunden – auch in Bern? (PRD: Tschäppät)	06.000248
8. Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): „Die Schande von Basel“ darf sich in Bern nicht wiederholen (SUE: Hayoz)	06.000134
9. Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Urs Frieden, GB): Fuss- ballfest statt Militärfestspiele: Keine bewaffneten Armeeangehörigen an der EURO 08 in Bern! (SUE: Hayoz)	06.000264
10. Interpellation Daniele Jenni (GPB): Bern: Die Militarisierung der Inneren Sicherheit geht weiter (SUE: Hayoz)	06.000265
11. Kleine Anfrage Fraktion SVP/JSVP (Stefan Bärtschi, SVP): Ein Trottoir, das ins Nichts führt? (TVS: Rytz)	07.000019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 5	179
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr	181
Traktandenliste	182
1 BERNMOBIL Verwaltungsrat; Ersatzwahl (Hayoz für Wasserfallen).....	182
2 Dringliche Interpellation Beat Schori (SVP): Eishockey-WM 2009.....	182
3 EURO 08 Bern; Kredit	186
4 Postulat Fraktion GFL/EVP (Barbara Streit-Stettler, EVP): EURO 08 ohne Alkohol- Exzesse.....	199
Präsenzliste der Sitzung 20.45 bis 21.45 Uhr	203
Traktandenliste	204
5 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): EURO 08: Prävention für Freier	204
6 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): EURO 08: Umgang mit Prostitution	206
7 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Susanne Elsner, GFL): EURO 08: Europa zu Gast bei Freunden – auch in Bern?	208
8 Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): „Die Schande von Basel“ darf sich in Bern nicht wiederholen!	210
9 Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar/Urs Frieden, GB): Fussballfest statt Militärfestspiele: Keine Bewaffneten Armeeangehörigen an der EURO 08 in Bern!	212
10 Interpellation Daniele Jenni (GPB): Bern: Die Militarisierung der Inneren Sicherheit geht weiter.....	216
3 Fortsetzung: EURO 2008 Bern; Kredit	221
11 Kleine Anfrage Fraktion SVP/JSVP (Stefan Bärtschi, SVP): Ein Trottoir, das ins Nichts führt?	223
Eingänge	225

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Bernasconi

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Cristina Anliker-Mansour
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Manfred Blaser
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Susanne Elsener
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Jacqueline Gafner Wasem
Karin Gasser
Simon Glauser

Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Beni Hirt
Stephan Hügli-Schaad
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Sarah Kämpf
Rudolf Keller
Markus Kiener
Andreas Krummen
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniel Lerch
Anna Magdalena Linder
Ursula Marti
Christine Michel
Patrizia Mordini

Erik Mozsa
Christoph Müller
Philippe Müller
Nadia Omar
Lydia Riesen-Welz
Simon Röthlisberger
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Anne Wegmüller
Sandra Wyss
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Buechi
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann

Natalie Imboden
Liselotte Lüscher
Corinne Mathieu

Reto Nause
Christian Wasserfallen
Thomas Weil

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Barbara Hayoz FPI, stv. SUE

Entschuldigt

Regula Rytz TVS

Edith Olibet BSS

Ratssekretariat

Annina Jegher

Stadtkanzlei

Irène Maeder Marsili

Traktandenliste

Der Vorsitzende: Betreffend Traktandum 3, EURO 08 Kredit, liegt ein Ordnungsantrag vor, dieses erst nach den EURO-Vorstössen zu behandeln. Ich schlage vor, das Traktandum gemäss Traktandenliste zu besprechen, die Abstimmung dagegen erst nach der Beratung der EURO-Vorstösse durchzuführen. Ist der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden?

Vorgehen einstimmig genehmigt.

1 **BERNMOBIL Verwaltungsrat; Ersatzwahl (Hayoz für Wasserfallen)**

Geschäftsnummer 07.000035 / 07/013

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat wählt für die verbleibende Amtsperiode, d.h. bis zum 31. Dezember 2008 Frau Gemeinderätin Barbara Hayoz, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik in den Verwaltungsrat BERNMOBIL.

Bern, 24. Januar 2007

Conradin Konzetti (GFL) für die Kommission BAK: Der Gemeinderat beantragt die Wahl der Gemeinderätin Barbara Hayoz, Direktorin FPI, als Nachfolgerin für den Gemeinderat Kurt Wasserfallen selig. Die BAK hat mit Barbara Hayoz ein Gespräch geführt und dabei unter anderem folgende Fragen aufgeworfen: Gemeinderätin Regula Rytz ist Präsidentin von BERNMOBIL; ist es sinnvoll, wenn zwei Mitglieder des Gemeinderats im Verwaltungsrat von BERNMOBIL Einsitz haben? Gemäss Reglement ist dies zwar durchaus zulässig, aber nicht vorgeschrieben. Wie verhält es sich mit der Verteilung der Belastungen? Nach Ansicht des Gemeinderats sollen in den stadteigenen wichtigen Verwaltungsräten zwei Mitglieder des Gemeinderats sitzen, um sowohl das Fachwissen wie auch die politische Steuerung der entsprechenden Unternehmen verstärken zu können. Die BAK hat sich einstimmig entschieden, dem Stadtrat die Wahl von Barbara Hayoz als zweites Mitglied des Gemeinderates in den Verwaltungsrat von BERNMOBIL zu empfehlen.

Beschluss

Der Rat wählt Barbara Hayoz, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik für die verbleibende Amtsperiode, d.h. bis zum 31. Dezember 2008, einstimmig in den Verwaltungsrat BERNMOBIL.

2 **Dringliche Interpellation Beat Schori (SVP): Eishockey-WM 2009**

Geschäftsnummer 07.000018 / 07/002

Die Eishockey-WM findet im 2009 in der Schweiz statt und der Eishockeyverband ist bereit, die Spiele nach Bern und Zürich zu vergeben. Den Medien konnte man entnehmen, dass die Frist für die Vergabe bis Ende Februar verlängert wurde. Damit Bern als Austragungsort überhaupt in Frage kommt, muss ein Stadion bereit stehen, welches die internationalen Bedingungen erfüllt. Die „Bern Arena“ in der heutigen Form entspricht diesen Forderungen nicht. Demnach müssen bauliche Veränderungen vorgenommen werden oder ein neues Stadion

realisiert werden. Politisch ist ein Neubau mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht realisierbar. Eine Totalrenovation scheint jedoch problemlos realisierbar. Ebenfalls konnte den Medien entnommen werden, dass eine rechtskräftige Baubewilligung für die Renovation vorliegt. Demnach könnte grundsätzlich mit den Arbeiten begonnen werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es bereits Investoren? Wenn Ja, wie viele?
2. Ist der SCB ein möglicher Investor? Wenn Ja, zu welchen Bedingungen?
3. Bestehen bereits Vorverträge? Wenn Ja, mit welchen Partnern?
4. Stimmt es, dass der Stadtpräsident mit einem GU ein Vertrag unterzeichnet hat, ohne den Gemeinderat im Vorfeld orientiert zu haben?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Zeit drängt, denn die Frist für die Vergabe der Spielorte wurde nur bis Ende Februar verlängert.

Bern, 11. Januar 2007

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Dringliche Interpellation im Namen des Gemeinderats wie folgt: Das Organisationskomitee der Eishockey-WM 2009 (OK WM 09) hat Interesse, Bern als Hauptspielort zu bezeichnen. Eine Bedingung dafür ist ein Stadion, das den internationalen Vorgaben entspricht. Die heutige Bern Arena entspricht diesen Vorgaben nicht. Eine Sanierung der Bern Arena ist aber unabhängig von der Durchführung von WM-Spielen nötig.

Für die Sanierung der Bern Arena wurde durch die TU Eisstadion, zu der sich die Firmen HRS und Marazzi zusammengeschlossen haben, ein Projekt ausgearbeitet, für das eine generelle Baubewilligung vorliegt. Damit die Eishockey-WM nach Bern vergeben wird, muss jedoch auch die Finanzierung der Sanierung sichergestellt sein. Der TU Eisstadion fehlen bis heute die Zusagen von Mieterinnen und Mietern und somit auch von Investierenden. Die TU Eisstadion ist somit derzeit nicht in der Lage zu garantieren, dass mit der Sanierung im Frühjahr 2007 begonnen werden kann. Aus diesem Grund konnte die Stadt Bern gegenüber dem OK WM 09 per Ende 2006 (Frist OK WM 09) keine Zusagen für die Austragung von WM-Spielen in einem sanierten Stadion abgeben.

Der Gemeinderat hat nach wie vor Interesse, dass Bern zum Haupt Austragungsort der Spiele der Eishockey-WM 2009 bestimmt wird. Weil das OK WM 09 grösstes Interesse an einem Hauptspielort Bern hat, hat es die Frist bis Ende Februar 2007 verlängert.

In Bern finden aber nur WM-Spiele statt, wenn es in wenigen Wochen gelingt, die Finanzierung des baubewilligten Projekts sicherzustellen. Die TU Eisstadion mit den Firmen HRS und Marazzi arbeitet mit Hochdruck an einer Lösung.

Alle anderen Varianten, die zurzeit auch diskutiert werden (Sanierung light durch den SCB, Anpassung an die Vorschriften durch Bern Arena) bedürfen eines neuen Baubewilligungsverfahrens und ebenfalls der Sicherstellung der Finanzierung. Ohne gültige Baubewilligung und Finanzierungszusicherung von Investierenden wird die Eishockey-WM 2009 nicht Bern zugesprochen. Will Bern Haupt Austragungsort der Eishockey-WM werden, so scheint nach heutigem Wissensstand die Sanierung der Bern Arena nach dem baubewilligten Projekt die einzige Möglichkeit dafür.

Zu Frage 1: Die TU Eisstadion steht mit zwei Investorengruppen in Verhandlungen, die bereit sind, nach Vorliegen der Vorverträge mit Mieterinnen und Mietern eine Finanzierung zu prüfen.

Zu Frage 2: Der SCB hat Interesse bekundet, die Bern Arena zu übernehmen und die notwendigen Sanierungen selber durchzuführen. Die Angebote entsprachen bisher nicht den

Vorgaben der Stadt. Inzwischen sind Gespräche geführt worden und der SCB hat in Aussicht gestellt, ein neues Angebot zu unterbreiten. Er müsste die Baubewilligung noch einholen.

Zu Frage 3: Nein.

Zu Frage 4: Nein. In der Evaluation für ein Neubau- oder ein Umbauprojekt wurden verschiedene Generalunternehmungen angefragt, ob diese ein Projekt eingeben möchten. Lediglich die Firmen HRS und Marazzi haben ihr Interesse bekundet. Der Gemeinderat hat am 23. August 2005 der TU Eisstadion, zu der sich die beiden Firmen für die Sanierung der Bern Arena zusammengeschlossen haben, eine befristete Exklusivität erteilt. Die Frist für diese Exklusivität ist allerdings inzwischen abgelaufen.

Interpellant *Beat Schori* (SVP): Ich bin mit den Antworten des Gemeinderats nur teilweise zufrieden. Das Engagement des Gemeinderats in Bezug auf die Eishockey-WM enttäuscht mich. Bern hat europaweit das grösste Eishockeypublikum. Beim Event im Stade de Suisse kamen 30'000 Zuschauer – das war ein Europarekord. Es würde mich freuen, wenn sich der Gemeinderat stärker dafür einsetzen würde, dass die Weltmeisterschaft in Bern stattfindet. Ich habe den Eindruck, dass es immer schwieriger wird, Investoren zu finden, weil man ja davon ausgeht, dass eine Mantelnutzung notwendig ist, damit überhaupt fremde Investoren gefunden werden. Es war einmal die Rede davon, dass in der Nähe des Stadions ein Olympia-Tower zu stehen kommen soll. Mittlerweile weiss man, dass dieser nach Ittigen kommt, was bedeutet, dass Arbeitsplätze von Bern wegziehen. Damit wurde wieder eine Chance verpasst, Arbeitsplätze zu sichern. Frage 4 wurde vom Gemeinderat mit Nein beantwortet. Ich habe den Eindruck, eine befristete Exklusivität ist eine Art Vorvertrag. Diese Frage hätte mit Ja beantwortet werden können. Gemäss meinem Wissenstand ist ein derartiger Vertrag respektive eine befristete Exklusivität vorgelegen. Dies wurde mir aus relativ zuverlässiger Quelle mitgeteilt. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass die Eishockey-WM in Bern stattfindet.

Fraktionserklärungen

Urs Frieden (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Es ist uns bewusst, dass die Verhandlung mit Investoren schwierig ist. Insbesondere im Hinblick auf die Besitzverhältnisse, die sehr kompliziert sind. Die Kommunikation nach aussen war nicht immer optimal. Für Aussenstehende ist das Hin und Her relativ schwer zu verstehen. Ich möchte einige Schlagzeilen der letzten Tage und Wochen zitieren: „Der WM-Traum ist wohl geplatzt“, „Nun geht's vorwärts“, „Chronik einer Zangengeburt“, „Keine Eishockey-WM in Bern“, usw. Es wäre gut, wenn der Imageschaden, der durch solche Meldungen national und international entsteht, in Zukunft in Grenzen gehalten werden könnte. Die GB/JA!-Fraktion ist für eine rasche Realisierung des bewilligten Projekts und zwar mit einer vernünftigen Mantelnutzung. Seit zwei Wochen wissen wir, dass ein detailliertes Baugesuch eingereicht worden ist. Es braucht noch einige weitere Efforts – auch von Seiten der Stadt. Wenn die Bauarbeiten in diesem Frühling beginnen können, dann steht der WM 2009 in Bern nichts mehr im Weg. Was wir sicherlich nicht befürworten werden, ist ein Ausweichen auf das Stade de Suisse. Das käme einem ökologischen Unsinn gleich, denn die WM findet ja bekanntlich im Mai statt. Das wäre ausserdem ein Affront gegenüber YB und den Fussballfans, die zu dieser Jahreszeit Priorität haben müssen.

Thomas Balmer (FDP) für die FDP-Fraktion: Ein Ja zur WM ist ein reines Lippenbekenntnis. Planungen für Neubauten, die in der Schublade enden, nützen nichts. Es ist Zeit für Lösungen – auch wenn die Lösungen schmerzen. Man muss von unrealistischen Buchwerten Abschied nehmen und das Ganze in den Blick nehmen. Der Gordische Knoten dieser unhaltbaren langjährigen Vernetzungen der Interessen im Eisstadion kann nur dann aufgelöst werden, wenn

Mut und Wille gezeigt wird. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man verliert das Ganze oder man gewinnt den Anlass. Es sollte nicht, wie bisher, auf Zeit gespielt werden. Das Ziel ist die WM 09. Der Gemeinderat hat es in der Hand. Wir erwarten von ihm, dass er sofort handelt.

Ueli Stüchelberger (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir sind für die WM 09. Doch eine WM für Eishockey ist nicht gleichzusetzen mit einer EURO 08. Wir befürworten deswegen das Vorgehen des Gemeinderats. Es ist ein Ja, aber nicht ein Ja zu jedem Preis. Es mag sein, dass der Gemeinderat hinsichtlich Kommunikation nicht optimal vorgegangen ist. Aber wir verstehen, dass inhaltlich nicht bedingungslos zu allem Ja gesagt werden kann, damit der Anlass stattfinden kann. Hinzu kommt, dass die WM beinahe im Sommer stattfindet, also zu einer Zeit, in der es nicht mehr so interessant ist, Eishockey zu schauen. Der Gemeinderat soll das Notwendige unternehmen, damit die Hockey-WM in Bern durchgeführt werden kann, dabei aber den Weg weitergehen, den er bereits beschritten hat.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Mut und Wille haben bedeutet im vorliegenden Fall vor allem eines, nämlich Geld zu haben. Das sanierte Stadion muss sich lohnen, nur dann finden sich Investoren. Bis anhin war die Vorgabe des Gemeinderats immer, dass Spitzensport nicht subventioniert wird. Es muss eine politische Diskussion darüber geführt werden, ob für die Sanierung eines Stadions, in dem nachher ein Sportclub Geld verdient, Steuergelder eingesetzt werden dürfen. Ich bin bereit, bei der Suche nach Lösungen mitzuhelfen. Diese müssen aber mehrheitsfähig sein.

Bern mag eine Eishockey-Hochburg sein. Aber ein Match Langnau gegen SCB im Januar im Stade de Suisse ist nicht zu vergleichen mit einem Spiel Ukraine gegen Weissrussland im Mai. Bezüglich Zeitungsmeldungen möchte ich noch eine von letzter Woche anfügen: „Niemand will die Hockey-Nati sehen“. Basel hat es gezeigt: beim Vierländertournier im Januar belief sich die Zuschauerzahl auf ungefähr 600 bis 2'000 Zuschauer. Ich bin durchaus dafür, in Bern eine Hockey-WM durchzuführen und ich teile die Ansicht, dass man sich dafür einsetzen muss. Aber man muss realistisch bleiben.

Zum Imageschaden: Dem Gemeinderat wurden Fristen auf Ende Jahr gesetzt. Bis dahin sollen wir sagen, ob die Hockey-WM durchgeführt werden könne oder nicht. Wir können keine Versprechen geben, weil keine Zusagen von Investoren vorliegen. Die Zusagen hängen von der Höhe der Rendite ab. Wir verhandeln fast täglich mit Investoren. Schlussendlich finden sich nur Lösungen, wenn Geld in die Hand genommen wird oder wenn man auf Ansprüche verzichtet. Es wird eine politische Diskussion geben, welche der Gemeinderat und möglicherweise auch der Stadtrat führen müssen. Bis jetzt haben wir gegenüber den Investoren den Standpunkt vertreten, dass die Stadt jenen Betrag erhalten möchte, der auch ins Stadion investiert worden ist.

Es ist nicht einfach, ein Stadion von dieser Grösse und in diesem Zustand total zu sanieren, wenn nicht eine attraktive Verkaufsmantelnutzung besteht wie dies beispielsweise beim Stade de Suisse der Fall ist. Es ist und bleibt ein Hockeystadion mit 35 Spielen im Jahr. Es ist schwierig, die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Partner unter einen Hut zu bringen und dies ausserdem unter der Prämisse einer hohen Rendite. Wir arbeiten daran, Lösungen zu finden; ob wir es schaffen, werden wir in wenigen Wochen wissen.

Der Interpellant ist mit der Antwort des Gemeinderats **teilweise** zufrieden.

3 EURO 08 Bern; Kredit

Geschäftsnummer 06.000330 / 06/316

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend EURO 2008 Bern; Kredit.
2. Er bewilligt für die Durchführung der EURO 2008 in der Stadt Bern Kredite von insgesamt Fr. 5 565 000.00, und zwar wie folgt:
 - a) als Nachkredit von Fr. 1 463 000.00 zulasten des Produktegruppen-Budgets 2007; dementsprechend wird der Globalkredit der Direktionsstabsdienste Präsidialdirektion (100) auf Fr. 4 826 802.21 erhöht;
 - b) als Verpflichtungskredit von Fr. 4 102 000.00 zulasten des Produktegruppen-Budgets 2008 (100 Direktionsstabsdienste der Präsidialdirektion).
3. Allfällige Mehreinnahmen sind der Laufenden Rechnung gutzuschreiben, sofern nicht unabdingbare Mehraufwendungen ausgewiesen werden können.
4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum nach Artikel 37 der Gemeindeordnung.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 20. Dezember 2006

Gemeinderatsänderungsantrag

4. [ändern] Der Stadtrat beschliesst, die Kreditvorlage gestützt auf Artikel 46 GO den Stimmberechtigten zum Entscheid vorzulegen.

Bern, 14. Februar 2007

*Antrag Fraktion GB/JA! zum Gemeinderatsantrag **neuer Punkt 6***

6. **(neu)** Reporting an den Stadtrat
 - a. Der Gemeinderat erstattet dem Stadtrat mindestens halbjährlich Bericht über den Stand des Projekts EURO 2008 (im Herbst 07, im Frühling 08 und nach Abschluss im Herbst 08).
 - b. Insbesondere berichtet der Gemeinderat über die Einhaltung des Budgets, über neue Verhandlungsergebnisse mit Partnern (z.B. SFV), über die Konzeptentwicklungen (z.B. Nachhaltigkeit, Freiwilligenarbeit, Fan-Konzept, Verkehrskonzept) und über den Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Verkehr.
 - c. Die zuständige Stadtratskommission SBK wird vorbereitend in die Berichterstattung einbezogen.

Anträge Jenni

Antrag 1

a) zum Gemeinderatsantrag Punkt 2

2. Er bewilligt (...) Kredite von insgesamt Fr. **7 365 000.00**, und zwar (...)

*b) zum Gemeinderatsantrag Punkt 4 **hinfällig, weil Bst. a abgelehnt wird***

4. Dieser Beschluss unterliegt dem **obligatorischen** Referendum nach Artikel **36 Buchstabe f** der Gemeindeordnung.

Antrag 2

zum Gemeinderatsantrag Punkt 2

2. Er bewilligt (...) Kredite von insgesamt Fr. **6 365 000.00** *[bei Annahme von Antrag 1]* - Fr. **4 565 000.00** *[bei Ablehnung von Antrag 1]*, und zwar (...)

Antrag 3

a) zum Gemeinderatsantrag Punkt 2a (neu)

2.a (neu) Diese Kredite dürfen unter keinen Umständen überschritten werden. Nachkredite sind ausgeschlossen. Mehrausgaben, die direktionsintern kompensiert werden, dürfen keinen Leistungsabbau bei den vom Stadtrat genehmigten budgetierten Dienstleistungen zur Folge haben.

b) zum Gemeinderatsantrag Punkt 3

(...) gutzuschreiben. ~~sofern nicht unabdingbare Mehraufwendungen ausgewiesen werden können.~~

Antrag 4

zum Gemeinderatsantrag Punkt 2b (neu)

2.b (neu) Sämtliche Kosten für Sicherheit inklusive Überwachung der Public Viewing-Bereiche sind der UEFA zu belasten.

Antrag 5

zum Gemeinderatsantrag Punkt 2c (neu)

2.c (neu) Zugangsbeschränkungen, Absperrungen, Eingangskontrollen, besondere Gewerbe- und Werbebeschränkungen wie namentlich Exklusivitätsrechte sowie Gebühren sind nur in den Public Viewing-Bereichen Bundesplatz und Waisenhausplatz zulässig.

Antrag 6

zum Gemeinderatsantrag Punkt 4 zurückgezogen zugunsten Gemeinderatsantrag Punkt 4

4. Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum nach Artikel **36 Buchstabe I und Artikel 46** der Gemeindeordnung.

Anträge Zbinden

Zu Punkt 2 Antrag Gemeinderat

1. Der Kredit für die EURO 08 ist um die Investitionen in den Privatverkehr (Ausbau des Schermenareals und der Kleinen Allmend zu allwettertauglichen Parkflächen) zu kürzen.
2. Für die EURO 08 Bern findet kein Aufgebot militärischer Truppen statt.
3. An der EURO 08 Bern ist ein Armeeinsatz in jeglicher Form kategorisch auszuschliessen.

Zu Punkt 4 Antrag Gemeinderat zurückgezogen zugunsten Gemeinderatsantrag Punkt 4

4. Der Kredit für die EURO 08 untersteht dem obligatorischen Referendum.

Simon Röthlisberger (JA!) für die Kommission SBK: Viele Bernerinnen und Berner interessieren sich für Fussball – aber nicht alle. Die EM ist ein Grossanlass. Sie führt Menschen verschiedener Herkunft, Nationalitäten und sozialer Schichten zusammen. Fast kein anderer Anlass erregt soviel Interesse und Aufsehen. Es ist aber eine Tatsache, dass der Spardruck der Stadt Bern gross ist. Es ist zudem eine Tatsache, dass bei den Kinderkrippen gespart werden soll und es diesbezüglich zu einem Leistungsabbau kommen wird. Können wir uns unter diesen Umständen überhaupt eine EM leisten? Die Frage ist durchaus berechtigt, wird aber relativiert, wenn das Budget und die geplanten Aktivitäten genauer betrachtet werden: Der Betrag ist aufgrund der geplanten vielfältigen Aktivitäten gerechtfertigt. Würden wir ihn kürzen, so würden darunter die Begleitaktivitäten für die Bevölkerung und die flankierenden Massnahmen leiden. Betrachtet man den Kredit der Stadt Bern im nationalen und internationalen Vergleich, zeigt sich, dass es sich im Verhältnis zum Anlass um relativ bescheidene Ausgaben handelt. Der Vergleich mit der WM in Deutschland zeigt: Für die Fussball WM hat Deutschland letztes Jahr rund 5 Milliarden ausgegeben. Die öffentliche Hand in der Schweiz rechnet für die EM mit Ausgaben von insgesamt rund 200 Mio. Franken. Auch im nationalen Vergleich zeigt sich, dass Bern eine günstigere EM organisieren will als andere Städte: so hat die Stadt Zürich vor Kurzem einen Kredit von rund 18 Mio. Franken netto verabschiedet, in Basel sind

über 20 Mio. Franken netto geplant. Im Unterschied zur Winterolympiade 2010, die vom Volk im Herbst 2002 abgelehnt worden ist, sind für die EM 08 die strukturellen Voraussetzungen grundsätzlich gegeben: Das Stade de Suisse ist gebaut, die öV-Verbindungen müssen lediglich angepasst werden und Strassen und Plätze von Bern können als Fanzonen für diese Zeit umgenutzt werden. Ein weiteres Kostenargument lautet, dass der Betrag deutlich unter die Limite von 7 Mio. Franken liegt, bei welcher eine Volksabstimmung obligatorisch wäre. Trotzdem hat sich die Exekutive entschieden, dem Stadtrat zu beantragen, die Vorlage dem Volk vorzulegen.

Zu den wichtigsten Eckdaten der EM: Insgesamt werden 31 Spiele in Österreich und der Schweiz durchgeführt. Lediglich 3 davon finden in Bern statt. Die andern Austragungsorte in der Schweiz sind Basel, Genf und Zürich. Es soll ein Volksfest, kein VIP und Sponsorentreffen in Bern geben. Das Engagement der Stadt Bern an der EM konzentriert sich denn auch auf Aktivitäten für die Bevölkerung und nicht auf Aussenwerbung im In- und Ausland. Umfragen zeigen, dass sich rund 80% der Bevölkerung für Fussball interessiert. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies auch in Bern so ist. Der Einbezug der Bevölkerung hat zum Teil bereits stattgefunden oder ist geplant. Einerseits beispielsweise mit der geplanten Internetplattform EM 08, die als Umschlagplatz dienen soll für private Übernachtungsmöglichkeiten. Andererseits wird dieser Einbezug sichtbar bei der Suche nach Verkehrslösungen im Nordquartier. In diesem Zusammenhang gilt anzufügen, dass man bereits Erfahrungen mit Grossanlässen in Bern und im Gebiet Wankdorf gesammelt hat.

Zur Projektorganisation: Organisiert wird die EM in Bern zusammen mit dem Kanton. Es besteht eine gemeinsame Projektorganisation, was sich auch auf das Budget positiv auswirkt. Ausserdem sind Kontakte zu Aussen- und Nachbargemeinden der Stadt Bern teilweise vorhanden. Die Diskussion in der SBK hat gezeigt, dass der Gemeinderat diesbezüglich zu prüfen bereit ist, ob noch weitere Mittel frei gemacht werden können. Ausserdem besteht eine Zusammenarbeit mit Österreich. Dort wo möglich findet der Austausch statt, insbesondere mit der Partnerstadt Salzburg.

Insgesamt liegt ein Budget vor von rund 9.29 Mio. Franken. Das sind die Bruttokosten. Die Nettokosten, die dem Stadtrat zum Entscheid vorliegen, sind deutlich tiefer, nämlich 5.6 Mio. Franken. Darin noch nicht enthalten sind Beiträge, über die noch verhandelt wird. Es besteht also die Chance, dass die Kosten für die Stadt am Ende geringer sind als budgetiert. Stadt und Kanton haben ungefähr den gleichen Aufwand. Die Nettokosten des Kantons belaufen sich ebenfalls rund auf 5.5 Mio. Franken. Grundsätzlich geht die Lastenteilung zwischen der Stadt Bern und dem Kanton in die richtige Richtung. Ebenfalls in die richtige Richtung gehen die Verhandlungen mit der UEFA. Insgesamt hat man mit der UEFA sehr gut verhandelt. Man konnte mehr herausholen, als man erwartet hatte. Dagegen gibt es bei den Verhandlungen mit dem SFV, dem Schweizerischen Fussballverband, durchaus noch Handlungsbedarf. Die Verhandlungen diesbezüglich sind noch nicht abgeschlossen. Die SBK erwartet, dass die Gelder, welche die UEFA an den SFV bezahlt, an die Stadt Bern weiterfliessen. Für Hochrisikospiele stehen zudem Mittel vom Bund zur Verfügung. Sie belaufen sich auf insgesamt 10.5 Mio. Franken für alle Austragungsorte in der Schweiz. Wenn ein derartiges Spiel in Bern austragen wird, kann die Stadt Bern einen Teil dieser 10.5 Mio. Franken in Anspruch nehmen. Positiv auf die Ausgaben und die Aktivitäten in Bern wirkt sich auch der von der Stadt initiierte Verein EM 08 aus: Der Verein setzt sich aus grossen Firmen und Geldgebern zusammen. Ziel des Vereins ist, Begleitaktivitäten zu finanzieren, die andernfalls das Budget übersteigen würden. Die Stadt Bern hat hiermit eine gute Strategie gewählt, um die Wirtschaft einzubinden.

In der SBK wurden insbesondere die folgenden Bereiche besprochen: Es wurde gefragt, inwiefern die Stadt mit der UEFA bereits Verpflichtungen eingegangen ist. Es wurde uns versichert, dass dies bis jetzt nicht der Fall ist; vor 4 Jahren wurde lediglich eine unverbindlich

gehaltene Erklärung für den Kulturbereich unterzeichnet. Die Stadt ist bis jetzt also keine verbindlichen rechtlichen Verpflichtungen gegenüber der UEFA eingegangen.

Auch das Thema öV hat zu Diskussionen Anlass gegeben: Es wurde die Ansicht vertreten, dass eine eigentliche öV-Offensive gestartet werden soll. Ein Vorteil ist, dass keine Shuttlebusse nötig sind, weil die Parkplätze in der Nähe des Stadions sind. Positiv vermerkt worden ist, dass in den Eintrittstickets ein 36-Stunden-GA enthalten ist. Sinnvoll wäre es, auch für diejenigen Besucher/innen ein günstiges öV-Angebot zu schaffen, welche nur in die Fanzonen kommen wollen und nicht direkt ins Stadion gehen. Gespräche mit der BLS und dem Kanton laufen.

Zur ökologischen Nachhaltigkeit: Im Bereich der CO₂-Neutralität liegt die Federführung beim Bund. Das Dossier ist noch nicht abgeschlossen. Die SBK und der Stadtrat wollen in diesem Zusammenhang weiter informiert werden.

Zur sozialen Nachhaltigkeit: In Bern bestehen bisher nur beschränkte Angebote für Fans. Die EM 08 soll dazu beitragen, die Fanstrukturen längerfristig zu entwickeln. Auch sollen erwerbslose Personen eingebunden werden. Bei diesen Einsätzen ist eine Zusammenarbeit mit dem RAV, dem Beco auf kantonaler und dem Kompetenzzentrum für Arbeit auf städtischer Ebene wichtig und selbstverständlich. Ebenfalls als Selbstverständlichkeit erachten wir, dass die Personen geschult und eingeführt werden. Das Thema Alkohol wird später noch besprochen werden. Diesbezüglich kann ich informieren, dass Gespräche mit der Schweizerischen Fachstelle für Alkoholfragen laufen. Auch mit Institutionen, die sich um das Sexgewerbe kümmern, d.h. Informationen bereitstellen und beraten, wurde Kontakt aufgenommen.

Betreffend ökonomischer Nachhaltigkeit gibt es nur Schätzungen. Man geht für die 3 Spiele, also ohne Rahmenveranstaltungen, von einer Bruttowertschöpfung von 10 bis 14 Mio. Franken aus.

Bezüglich Fanzonen in der oberen Altstadt liegt die Überwachung bei der Stadt. Lokale Wirte und Restaurationsbetriebe haben Vortritt vor auswärtigen. Bewohner und Geschäfte werden sicherlich einer erhöhten Lärmbelastung ausgesetzt sein. Sie werden aber immer Zugang zu ihren Häusern haben. Es wurde in der SBK zudem die Frage diskutiert, was Nicht-Fussballfans während der EM 08 machen können. Es ist ein so genannter Museumspass in Verhandlung.

Zu den wichtigsten Pro- und Kontraargumenten: Es wurde gelobt, dass der Vortrag insgesamt sehr umfassend ist und eine gute Stossrichtung aufzeigt. Sehr viele Bereiche sind abgedeckt, insbesondere auch, was die Nachhaltigkeit und den sozialen Bereich betrifft. Ein Grossteil der Bevölkerung interessiert sich ausserdem für eine Fussball-EM, was gegen einen Ausstieg aus dem EM-Spiel spricht. Kritisch wurde hingegen angemerkt, dass die Stadt einen Sparauftrag hat. Die Ausgaben für die EM stehen in Widerspruch zu diesem Sparauftrag. Heikle Punkte sind ausserdem, ob die Sanierung des Bahnhofplatzes rechtzeitig fertig sein wird. Es wurde aber gesagt, dass die Bauarbeiten bis zum Beginn der EM abgeschlossen sein werden. Weiter wurde argumentiert, dass die Umsetzung von Police Berne nicht sicher sei. Wenn man aber die Stimmung im Kanton betrachtet, so muss man sagen, dass Police Bern mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit umgesetzt wird. Die SBK hält fest, dass der beantragte Kredit nicht überschritten werden darf. Ein allfälliger Nachkredit steht für eine sehr deutliche Mehrheit der SBK eindeutig nicht zur Diskussion. Es wurde als nicht sinnvoll erachtet, einen besonderen Antrag dazu zu stellen. Ein Budget hat zum Ziel, dass es eingehalten wird. Aus der SBK liegen keine Anträge vor. Hingegen hat die SBK mit der Verwaltung vereinbart, dass der Kommission regelmässig Bericht erstattet wird. Einerseits über die noch offenen Punkte und über Verhandlungen, andererseits aber auch über die Umsetzung des Projekts. In diesem Sinne sind die Anträge von der Fraktion GB/JA!, die als Tischaufgabe vorliegen, ergänzend zum Anliegen der SBK zu betrachten. Die SBK empfiehlt dem Rat die Vorlage mit 8 : 1 bei 1 Enthaltung zur Annahme.

Fraktionserklärungen

Susanne Elsener (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Der Vortrag gibt auf viele Fragen gute Antworten. Aus diesem Grund stimmt die Fraktion dem Kreditantrag zu. Es wurde gewissenhaft gearbeitet und man hat es geschafft, zwischen Kommerz und Ökologie Brücken zu schlagen. Die Arbeit an der EURO 08 ist gut vorangeschritten und flächendeckend akzeptabel. Im Bereich Gästebetreuung wurde gewissenhaft gearbeitet. Wichtige Richtlinien, die aus Erfahrungen von Portugal und Deutschland resultieren, sollen auch bei unserer EURO 08 einfließen: Dabei handelt es sich um niederschwellige Anlaufstellen für jegliche Arten von Fragen und Problemen, Informationsmöglichkeiten in der jeweiligen Sprache – schriftlich und mündlich –, freiwillige Helfer, die auf Gäste zugehen und sich um sie kümmern können und vor allem die Zusammenarbeit mit lokalen Fangruppierungen. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass je besser die Gäste betreut sind, umso sicherer wird der Anlass. Unter Gastfreundschaft verstehen wir im Übrigen keine gefängnisartigen Metallgitterbereiche vor den Stadien. Menschen, denen es wohl ist, übernehmen Verantwortung. In diesem Punkt ist bereits viel gelaufen. Man kann aus dem Vortrag schliessen, dass eine direkte Zusammenarbeit mit Fanarbeitern besteht. Damit ist ein wichtiger Punkt, der auch in unserer Interpellation (Traktandum 6) einen Schwerpunkt darstellt, umgesetzt.

Was die Nachhaltigkeit betrifft, so hat Bern sowohl mit dem Gurtenfestival als auch bei vielen Veranstaltungen auf dem Bundesplatz wertvolle Erfahrungen mit Mehrweg- und Pfandgeschirr gesammelt. Die Stadt lässt diese miteinfließen und berücksichtigt damit auch die Anliegen der Grünen. Recycling und ein umfassendes Abfallkonzept sind im Vortrag eingehend behandelt worden. Auch auf den Verkehr hat man sich eingestellt; mit dem Kombiticket und dem 36-Stunden-GA sind gute Ansätze vorhanden, die helfen können, ökologische Bedürfnisse zu erfüllen.

Die soziale Nachhaltigkeit mit dem Einsatz von Erwerbslosen ist wichtig und gut. Der einen oder anderen Person gibt es den nötigen Mut für die Arbeitssuche oder für neue Kontakte. Der Einsatz von Ausländerinnen und Ausländern, die dabei helfen sollen, Sprachbarrieren abzubauen, kann dazu beitragen, Offenheit zu fördern. Auch die Zusammenarbeit mit der lokalen Fanszene ist ein wichtiger Punkt. Die Zeit des gemeinsamen Projekts EURO 08 und der gegenseitige Respekt, der in dieser Phase aufgebaut wird, kann die Fanarbeit für die Zukunft nachhaltig positiv prägen. Das ist wichtig, denn die Zusammenarbeit steht im Moment noch am Anfang. Investitionen im Bereich Fanarbeit zahlen sich aus in Form einer erhöhten Sicherheit. Das sehe ich auch bei meiner Arbeit: Beim SCB sind die Ausgaben, die aufgrund von Fehlverhalten seitens der Fans entstehen, sukzessive zurückgegangen, seit der SCB professionelle Fanarbeiter hat. Schon das Wissen, dass der eigene Verein deswegen Leute anstellt, weckt Solidarität mit dem Club und den Menschen, die ihn leiten. Diesen Zusammenhalt könnte man jetzt in Bezug auf die EURO 08 aufbauen und anschliessend weiterhin davon profitieren. Die Forderungen und Wünsche von einem aktiven Teil der lokalen Fans sind auf Papier ernst genommen worden und können erfüllt werden, wenn das Papier in der vorliegenden Form umgesetzt wird. Die Fraktion GFL/EVP hatte eigentlich einen Vorstoss in Arbeit gehabt, bei dem es darum gegangen wäre, dem Thema Nachhaltigkeit mehr Gewicht zu geben. Wir verzichten aufgrund des Vortrags darauf und werden einen Vorstoss einreichen, welcher die genaue Prüfung der Nachhaltigkeitsziele des Vortrags bis in 2 Jahre nach der EURO anregt. So wissen wir dann 2010, ob Bern nachhaltig Wunder gewirkt hat.

Im Bereich Sicherheit geht es vor allem um die Frage betreffend Armee respektive ihr Einsatz während der EURO 08. Der direkte Kontakt zwischen Militär und Gästen muss vermieden werden. Ein bewaffneter Einsatzmann weckt Aggressivität und vermittelt ein Gefühl der Bedrohung. Nicht überall in Europa kennt man die Armee hauptsächlich als Helfer bei Katastro-

phen. Ausserdem ist die Armee gar nicht auf diese Art von Einsätzen ausgebildet. Ihre logistische Unterstützung kann aber durchaus nützlich sein. Der Gemeinderat trägt diesem Aspekt im Vortrag Rechnung. Im Zusammenhang mit der Datensammlung von Leuten im Sportbereich und auch mit der Hooligandatenbank ist uns wichtig, dass ein sorgfältiger Umgang mit den Fandaten gepflegt wird. Nicht jede Datensammlung ist per se schlecht. Präventive Mittel gegen Gewalt im und um das Stadion können einen Beitrag leisten. Wer aber Daten sammelt und gesammelte Daten verwendet, muss auch etwas gegen Fehler im Umgang mit diesen Daten unternehmen. Der Gemeinderat sagt in der Antwort auf unsere entsprechende Frage in der Interpellation (Traktandum 6), er sei bereit, eine solche Institution zu prüfen. Unsere Forderung lautet, dass alle datenverwendenden und datensammelnden Stellen eine Ombudsstelle haben müssen. Betroffene können sich an diese neutrale Stelle wenden, wenn sie das Gefühl haben, sie seien zu Unrecht in der Datenbank. Auch dies wäre ein Zeichen an die Fans, dass ihre Bedenken ernst genommen werden.

Die Ausgaben sind erstaunlich tief gehalten. Man merkt, dass sorgfältig mit dem Geld der Stadt umgegangen wird. Auch der Beitrag des Kantons ist überraschend hoch. Die Grenzen werden eingehalten, vor allem auch im Rahmenprogramm. Man setzt nicht auf grosse Acts, sondern auf kleinere lokale Bands. Die Ausgaben sind unserer Ansicht nach gerechtfertigt. Auch den Weg des Referendums erachten wir als richtig. Die Fraktion GFL/EVP stimmt dem Kredit zu.

Urs Frieden (GB) für die GB/JAI-Fraktion: Die Fraktion bejaht das Geschäft mit einzelnen Enthaltungen. Es ist ein kritisches Ja. Unsere Kritik richtet sich gegen das Kommerzdenken der UEFA und gegen den Blankocheck, den man auf nationaler Ebene der UEFA in Sachen Sicherheitskosten ausgestellt hat. Ebenso haben wir grosse Bedenken in Sachen Umweltschutz; vor allem in den Bereichen Verkehr und Abfall. Nicht zuletzt sind wir über den geplanten Armeeeinsatz nicht erfreut. Diesbezüglich wird Hasim Sancar unter Traktandum 9 noch einige Ausführungen machen. Als Fraktion, die die Eventsteuer vorgeschlagen hat, können wir nicht „europorphisch“ sein – bei aller Fussballbegeisterung, die es auch bei den Grünen gibt. Wir möchten unseren Protest aber nicht an diesen drei Eurospielen in Bern respektive an der interessierten Berner Bevölkerung auslassen. Das wäre das falsche Objekt, zumal ein grosser Teil der Gelder, der heute gesprochen wird, nicht der UEFA selbst zu Gute kommt, sondern dem Rahmenprogramm und verschiedenen sinnvollen Projekten. Der vorliegende Vortrag des Gemeinderats hat aus der schlechten Ausgangslage zweifellos das Optimum herausgeholt. Insbesondere hat die Stadt sehr selbstbewusst mit der UEFA verhandelt und die anderen Host-Cities, inklusive die österreichischen, profitieren nun sogar davon. Die Höhe der Kosten ist allerdings eine Frage des Blickwinkels. Ich nehme diesbezüglich die anderen Host-Cities als Referenzwerte: Wir stehen gut da mit unseren 5.5 Mio. Franken. Basel beispielsweise benötigt 14.5 Mio. Franken – allerdings bei mehr Spielen. Zürich benötigt rund 18 Mio. Franken. Dabei fallen allein für die Auslandpropaganda 6 Mio. Franken an. Genf ist sogar dabei, 8.8 Mio. Franken über die laufende Rechnung abzubuchen und den Betrag ebenso am Volk vorbeizuschmuggeln wie den Nachtragkredit für das Stadion, welches das Volk seinerzeit abgelehnt hat. Nimmt man allerdings den Blick weg vom Runden Tisch und richtet ihn zum Beispiel auf die Ludothek Lorraine, die wegen fehlenden 20'000.- Franken um ihre Existenz bangen muss, dann muss der Betrag von rund 5.6 Mio. Franken kritisch begutachtet werden. Immerhin ist zu hoffen, dass relativ viel Geld mittel- bis langfristig zurückfliessen wird. Stichwörter diesbezüglich sind Catering, Arbeitsplätze, Hotelübernachtungen, Parkgebühren, Steuern und Tourismus. Betreffend Letzterem ist es besonders wichtig, wie sich unsere Stadt bei der EURO 08 der Weltöffentlichkeit präsentiert. Wir sind gegen die Anträge von Daniele Jenni, da wir sie nicht als sinnvoll erachten, aber wir legen selbstverständlich Wert auf die Einhaltung des Budgets. Wir stellen heute einen eigenen Antrag. Wir möchten eine

regelmässige Berichterstattung und ein Finanzreporting, um damit die Kontrolle des Rats sicherzustellen. Die halbjährliche Berichterstattung und der Einbezug der SBK soll im Herbst 2007, im Frühling 2008 und nach Abschluss der EURO im Herbst 2008 folgen. Es handelt sich hierbei nicht um ein Misstrauensvotum, doch allzu viele Berichte sind im Vortrag erst angeönt. Wir möchten als Stadträtinnen und Stadträte auf dem Laufenden bleiben. Wir bitten den Rat, den Antrag zu unterstützen.

Der Schutz des Nordquartiers scheint gut zu funktionieren. Direkte Gespräche und Orientierungen haben bereits stattgefunden. Es ist vernünftig, dass man kein Public Viewing im Stade de Suisse Wankdorf plant; auch nicht nach den drei Berner Spielen. Ein grösseres Problem dürfte sich eventuell noch beim Schutz der Innenstadt ergeben. Wichtig ist für uns, dass Trottoirs in der Nähe der Absperrungen von Public Viewings frei passierbar bleiben. Bezüglich des Verkehrs ist uns wichtig, dass das EURO-GA zu Stande kommt, und zwar nicht nur für Besitzerinnen und Besitzer von Matchtickets, sondern auch für Fans, die nur für das Public Viewing nach Bern kommen. Ebenso wichtig ist, dass BERNMOBIL zu fairen finanziellen Bedingungen in das Verkehrskonzept integriert wird – inklusive Moonliner. Unsere Vorschläge aus früheren Vorstössen hinsichtlich Fanarbeit sind gut umgesetzt worden. Wir heissen die Beteiligung der Stadt an dem von den Grünen mitinitiierten Runden Tisch gut. Dort werden verschiedenste Berner Fangruppen integriert und zum konstruktiven Mitmachen animiert. Derartige Arbeit macht sich auch langfristig bezahlt; Susanne Elsener hat dies bereits erwähnt. Zum Thema Prostitution: Auch hier bahnt sich eine positive Zusammenarbeit mit den Fachstellen und dem Berner OK an. Selbst wenn bei der WM in Deutschland im letzten Jahr nicht alle Befürchtungen eingetreten sind, ist es wichtig, an einem derart grossen Event die Öffentlichkeit für Themen wie Prostitution und Frauenhandel zu sensibilisieren. GB/JA! steht dem Vorschlag des Gemeinderats bezüglich freiwilliger Volksabstimmung positiv gegenüber. Wir sollten keine Zeit verlieren. Der ganze Apparat muss weiter funktionieren können, damit die EURO 08 in Bern zum Erfolg wird.

Ueli Jaisli (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Die EURO 08 ist für Bern eine hervorragende Gelegenheit, sich als aufgeschlossene, moderne Stadt und Region präsentieren zu können. Die EURO 08 ist nicht nur ein Fest für Fussballfans, vielmehr soll sie ein Fest für alle werden. Die reibungslose Organisation und sichere Durchführung bedingt der Mithilfe aller. Die Vorbereitungsarbeiten laufen planmässig. Der Kostenanteil der Stadt ist nach harten und gut geführten Verhandlungen des Gemeinderats vertretbar. Mit diesem Kredit wird Arbeit für das Gewerbe, für die Wirtschaft im Allgemeinen, für den Tourismus und für viele andere Institutionen geschaffen. Es handelt sich für Stadt und Kanton um eine sinnvolle und lohnende Investition. Die SVP/JSVP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag sowie auch dem Änderungsantrag des Gemeinderats zu.

Anastasia Falkner (FDP) für die FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion steht hinter dem Projekt. Es ist gut aufgebaut, durchdacht und organisiert und ausserdem wurde an alle Nebenschauplätze gedacht. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie die Stadt, die verschuldet ist und sparen muss, Kosten in Millionenhöhe zustimmen kann. Natürlich kostet ein derartiges Ereignis etwas und natürlich ist ein Budget nie sakrosankt und es werden sich vielleicht, wenn wir schwierige Länder zugeteilt erhalten, Zusatzkosten ergeben. Aber geradeso gut kann es auch sein, dass wir weniger Aufwand haben werden. Bedenken wir doch auch, was dieses Ereignis bedeutet. Wenn wir es gut machen, wird etwas zurückfliessen. Das soll unser Ziel sein.

Die GB/JA-Fraktion hat in der Kommission erklärt, sie wolle eine Volksabstimmung. Heute hat der Gemeinderat einen ähnlichen Antrag gestellt. Die FDP-Fraktion hätte auch ohne Antrag des Gemeinderats eine Volksabstimmung befürwortet. Betreffend der anderen Anträge von heute und den Vorstössen 4 bis 10, schliesst sich die FDP-Fraktion überall der Meinung des

Gemeinderats an beziehungsweise lehnt die weiteren Anträge ab. Zum einen sind wir gegen weitere Verbote, Gebote, Einschränkungen und Bevormundungen, welche die Polizei durchsetzen muss. Zum anderen ist im Vortrag zum Budget EURO 08 alles abgedeckt, was heute Abend noch in einzelnen Vorstössen verlangt wird; also Alkohol, Prostitution, Gästemanagement, Betreuung, jegliche Form von Nachhaltigkeit, Sicherheit, Armee und Verkehr. Aus dem Vortrag wird ersichtlich, dass die Redensarten „Der Ball ist rund“ und „Das Spiel dauert 90 Minuten“, eben nur teilweise der Wahrheit entsprechen. Der Ball ist zwar rund, aber das Spiel dauert mehrere Stunden. Daran hat das Projektteam gedacht.

Michael Aebershold (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die Fraktion stimmt der Vorlage, mit wenigen Ausnahmen, ebenfalls zu. Es ist erfreulich, dass wir gemeinsam in die gleiche Richtung gehen. Es gibt verschiedene grundsätzliche Haltungen. Es gibt Leute, die euphorisch sind, solche, die eher pragmatisch sind und es gibt auch jene, die Bedenken äussern. Ich bin überzeugt, dass man den verschiedenen Haltungen und Einstellungen Rechnung trägt. Es wurde bereits gesagt, dass viel erreicht wurde. Diesbezüglich möchte ich festhalten, dass uns dies nicht in den Schoss gefallen ist. Der Gemeinderat und insbesondere auch der Stadtpräsident waren sehr aktiv. Sie haben ihre Führungsrolle übernommen und sind zusammen mit anderen Austragungsorten gegen die UEFA tätig geworden, damit das heute vorliegende Ergebnis erreicht werden konnte. Ein weiterer erfreulicher Punkt ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton. Die Verteilung ist fair. Der Kanton unterstützt die Stadt. In anderen Austragungsorten ist dies nicht der Fall.

Es liegt eine seriöse Vorlage vor. Es ist nicht alles im Detail geklärt, was zum jetzigen Zeitpunkt auch noch gar nicht möglich ist. Die Frage der Kosten ist wichtig. Die Finanzsituation muss berücksichtigt werden. Ich denke aber, dass sich die Kosten in Grenzen halten und dass man auch unter dem Aspekt der schwierigen Finanzlage probiert hat, die Veranstaltung klein und sympathisch zu machen. Ausserdem, das wurde ebenfalls bereits erwähnt, sind zusätzliche Einnahmen nicht ausgeschlossen. Wir wollen ein Fest und wir hoffen, dass alle profitieren. Selbstverständlich hat es in dieser Stadt auch genügend Platz für die Leute, die eher weniger Interesse an Fussball haben. Die Vorlage erwähnt rund 9 Mia. Leute, die diese Spiele insgesamt verfolgen werden. Die Schweiz ist bekannt als Trittbrettfahrerin. Wenn sich die reiche Schweiz nun plötzlich geizig zeigen und sagen würde, sie könne sich die Spiele nicht leisten, würde uns im Ausland – mit Recht – kein Verständnis entgegengebracht werden. Stadt, Wirtschaft und Tourismus können und werden langfristig davon profitieren. Wir können während den Spieltagen auch endlich einmal mit breitem Konsens autofreie Zonen testen. Als in Berlin beispielsweise die autofreien Zonen zusätzlich erweitert wurden, hat sich gezeigt, dass sich sowohl die Leute freuten als auch das Gewerbe profitierte. Es ist selbstverständlich so, dass wir auch Vorstellungen und Vorgaben zur Berücksichtigung der Nachhaltigkeit haben. Wir haben eine Motion eingereicht, worin festgehalten ist, dass die Spiele CO₂-neutral sein sollen. Ich ersuche den Rat, hier mitzuhelfen. Der Einsatz des Militärs wird noch diskutiert. Im Bereich Prostitution gibt es noch offene Fragen, die wir aber heute Abend noch diskutieren werden. Die ökologischen und sozialen Fragen und Aspekte bezüglich der Spiele können wir nur beeinflussen, wenn wir sie bei uns abhalten. Wenn wir die Spiele nicht wollen, finden sie an einem anderen Ort statt. Auf die Rahmenbedingungen hätten wir dann überhaupt keinen Einfluss. Also auch dies ein Argument, die Spiele hier durchzuführen.

Die Fraktion unterstützt den Antrag auf ein obligatorisches Referendum. Von den anderen Anträgen unterstützt die Fraktion lediglich jenen der GB/JA! bezüglich Berichterstattung. Wir wollen dazu aber festhalten, dass uns eine halbjährliche Berichterstattung reicht und dass es sich dabei nicht um einen 50-seitigen, komplizierten Bericht handeln muss. Vielmehr sollen die Kernpunkte dargelegt werden. Sämtliche anderen Anträge von Daniele Jenni und von Rolf Zbinden werden wir ablehnen.

Einzelvoten

Lydia Riesen-Welz (SD): Die EURO 08 ist von grosser nationaler Bedeutung und bietet der Schweiz und vor allem Bern eine einmalige Chance, sich nachhaltig international zu positionieren. Darum sind die vier Austragungsorte, einer davon in unserer Stadt, eine wichtige Plattform, in welcher sich die Stadt in vorteilhaftem Licht präsentieren und als leistungsfähige und tolerante Gastgeberin zeigen kann. Dennoch bedauern wir, dass sich der Bund nicht stärker an den Leistungen beteiligt, denn die EURO 08 lässt die Schweiz als Ganzes und speziell auch die Tourismusregionen profitieren. Zu erhoffen wäre noch immer eine grössere namhafte Beteiligung durch die veranstaltenden Fussballverbände. Trotz allem haben wir Verständnis für die Vorwürfe, welche auf Seiten der Grünen und der Bevölkerung geäussert werden, nämlich, dass öffentliche Gelder in Millionenhöhe für repressive Sicherheitsmassnahmen und andere notwendige jedoch nicht unbedingt lukrative Zusatzkosten ausgegeben werden, während auf der anderen Seite die UEFA, die Fussballverbände und die Sponsoren Milliarden verdienen und unsere Stadt notabene nach wie vor durch riesige Schuldlasten fast erdrückt wird. Darum darf auch einmal dem Stadtpräsidenten ein Dankeschön für sein Engagement ausgesprochen werden, denn nur dank seiner Initiative ist der Verein EURO 08 gegründet worden, wodurch doch einige hunderttausend Franken zusammengekommen sind. Diese Gelder entlasten die Stadtkasse. Wir appellieren aber auch an das Versprechen des Stadtpräsidenten, wonach die EURO in erster Linie auf Bedürfnisse der Bernerinnen und Berner abgestimmt sein sollen. Somit hoffen wir auch als Anwohner/innen von Verkehr und randalierenden Fans geschützt zu werden. Wir hoffen zwar auf friedliche Fans, doch man weiss ja nie. Zufriedene Fans sind die beste Prävention für ein faires Fussballspiel. Die SD sind erfreut, dass das Geschäft bereits im Juni dem Volk vorgelegt wird. Wir sehen der Zustimmung des Volkes und der EURO 08 gelassen entgegen. Die EURO 08 ist eine riesige Chance für uns alle; diese gilt es anzupacken. Natürlich braucht es auch Mut und den Glauben an die Stadt, dass ein derartiger Grossanlass ein Erfolg wird. Wir setzen daher auf eine zunehmende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, appellieren an das Verantwortungsbewusstsein aller involvierten Beteiligten und stimmen dem EURO Kredit des Gemeinderats vollumfänglich zu.

Daniele Jenni (GPB): Der Kredit ist verantwortungslos. Zu einer Zeit, in der die Stadt unter Spardruck steht, in der viele kleine Organisationen und Aktivitäten, die wenig Geld erhalten, um ihre Existenz fürchten müssen, will man einem Konzern wie der UEFA Gewinne ermöglichen. Dies ist nun ein klassisches Beispiel dafür wie man Gewinne privatisiert und Verluste der Allgemeinheit auferlegt. Die Kreditvorlage ist ausserdem unvollständig. Man hat kurzerhand unter der Annahme, dass Police Bern und der Polizeivertrag angenommen würden, 1.8 Mio. Franken, die sonst zusätzlich anfallen würden, nicht in das Budget aufgenommen. Korrekterweise wäre auch ohne speziellen Beschluss des Stadtrats das obligatorische Referendum nötig gewesen. Man hat die internen Kosten, zum Beispiel die Lohnkosten der städtischen Angestellten, die im hinsichtlich EURO 08 tätig werden, nicht ins Budget aufgenommen. So kann man natürlich schon sagen, man habe günstig budgetiert. Man hat behauptet, dass mit der UEFA gut verhandelt wurde. Die Realität ist eine andere. Was den Fussballverband betrifft, so sind die Verhandlungen noch gar nicht abgeschlossen. Wir kennen das Resultat noch gar nicht. Was die UEFA betrifft, weise ich darauf hin, dass die Stadt zum Beispiel für Fanzonen fast 4 Mio. Franken ausgibt. Die Einnahmen belaufen sich dagegen nur auf wenig mehr als 2 Mio. Franken. Dort wären härtere Verhandlungen möglich gewesen. Dies rechtfertigt denn auch meinen Antrag auf Kürzung des Kredits um 1 Mio. Franken und auf zusätzliche Belastung der UEFA um diese Million. Der Kredit lässt sich aber nicht mit der Funktion des öffentlichen Raums vereinbaren. Es gibt keine Sicherheit dafür, dass neben den Public

Viewing Zones auf dem Waisenhaus- und auf dem Bundesplatz nicht noch eine dritte Zone entsteht und dass die Zonen nicht ausgedehnt werden. Man hat keine Garantie dafür, dass die UEFA den Bereich, auf dem sie alleine wirken kann, nicht noch erweitert. Der Gemeinderat will sich diesbezüglich nicht verpflichten und die Vorlage enthält auch keine derartigen Bestimmungen.

Die Vorlage enthält ausserdem keine Zusicherung, dass die Limite von 5.6 Mio. Franken endgültig ist. Diese Sicherheit will man nicht geben. Das wundert allerdings nicht, denn man weiss ja nicht einmal, welche Verhandlungen schon abgeschlossen sind und welche nicht. Wir begeben uns in etwas hinein, das nicht umgrenzt ist und das weitere Kosten verursachen kann. Bezüglich des Verkehrs wird gesagt, dass gerade für das Nordquartier gute Lösungen gefunden wurden. Realität ist aber, dass man den Schermenwald und vor allen Dingen die Allmend beliebig für den Individualverkehr einsetzen will. Das ist keine Erleichterung für die Situation der Bevölkerung im Nordquartier.

Schliesslich ist nur ein Punkt aus dem Vortrag des Gemeinderats positiv; nämlich, dass der Kredit in einem obligatorischen Referendum dem Volk unterbreitet wird. Ich bin überzeugt, dass Leute, die sich für Fussball begeistern können, in der Lage sind, zu differenzieren, und zu sehen, dass es weder finanzpolitisch noch von den Grundsätze her angeht, in der Stadt Bern 5.6 Mio. Franken aufzuwenden, währenddem andere ein Mehrfachens davon an Gewinnen generieren und währenddem die Stadt einem hohen Spardruck ausgesetzt ist. Ich bitte den Rat, die Vorlage abzulehnen und meinen Anträgen zuzustimmen.

Daniel Lerch (CVP): Die CVP ist überzeugt, dass wir vor einem markanten Event stehen, der für Bern gut ist. Wir sind überzeugt, dass sich die Investitionen auszahlen werden. Den Zahlen, die ausgewiesen werden, stehen wir allerdings skeptisch gegenüber. Ich kann mir nicht vorstellen, wie 9 Mia. Menschen 6'000 Stunden fernsehen sollen. Unsere Bevölkerung ist ja gar nicht so gross. Trotz allem, vieles wurde angedacht. Allerdings gibt es einen Punkt, der nicht angedacht wurde: es gibt nämlich auch Nicht-Fussballbegeisterte. Leute, die sich daran stören, wenn im Wankdorf die Lautsprecheranlagen mit voller Lautstärke ins Quartier dröhnen oder die sich daran stören, wenn hupende Autofahrer durch die Strassen fahren. Für Nicht-Fussballbegeisterte oder Fans der Verliererseite bildet dies ein Affront. Ich habe mir überlegt, in dieser Hinsicht eine Interpellation einzureichen. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, wie er in dieser Richtung vorzugehen gedenkt. Soviel ich weiss, passierte in Thun in einem derartigen Zusammenhang ein tödlicher Unfall.

Wir sind überzeugt, dass die Anwesenheit der Armee nicht provozierend wirken muss. In anderen Ländern wird Militärpräsenz als weniger problematisch erachtet – nicht so, wie hier im Rat gesagt wurde. In Italien oder in Deutschland beispielsweise wird das Militär nicht als Provokation betrachtet. Hunde von Bewachungspersonal dagegen können für Leute, die Hunde nicht mögen, eine Provokation darstellen. Wenn das Militär richtig eingesetzt wird, kann es für derartige Aufgaben durchaus eingesetzt werden. Wir unterstützen den Weg des Referendums. Das Volk soll sich mit dem Event identifizieren können. Die CVP unterstützt den Antrag.

Rolf Zbinden (PdA): Wo es darum geht, wer an der EURO 08 Werbung machen und was konsumiert werden kann, da hat der Ausverkauf von Bern bereits stattgefunden. Bis ins kleinste Detail wurde alles geregelt. In anderen Bereichen nimmt man es hingegen weniger genau. Der Vortrag des Gemeinderats ist hierfür ein gutes Beispiel. Es geht um Bereiche, welche einen grossen Teil der Bevölkerung interessieren und betreffen: nämlich Verkehr und Sicherheit. Die Stadt scheint ein Problem mit der Zuordnung von sicherheitsdienstlichen Aufgaben zu haben. In die EURO 08 ist sogar die Armee involviert. Das Zauberwort heisst Subsidiarität. Wer zeigt uns einen Armeeeinsatz, der sich nicht darin gefallen hätte, subsidiär zu sein. Ich

habe 2003 anlässlich des G8-Gipfels in Evian meinen Augen nicht getraut, als ich in Lausanne auf bewaffnete Soldaten gestossen bin. Das zu diesem Zeitpunkt alle zivilen Mittel nachweislich ausgeschöpft waren, will mir doch wohl niemand weismachen. Für die Stadt Bern als Austragungsort ergibt sich schon im Vorfeld der EURO 08 eine Situation der Bevormundung; dies sowohl in kommerzieller wie auch in (sicherheits-)politischer Hinsicht. Als ob der Gemeinderat nicht schon genug der Fremdbestimmung gehuldigt hätte, öffnet er die Türen für den Einsatz ausländischer Polizeitruppen. Aber wen wundert das noch? Den deutschen Bundesgrenzschutz kennen wir ja seit dem „Kessel von Landquart“ 2004 bestens. Mit dem Sicherheitskonzept zur EURO 08 verfestigt und normalisiert sich etwas, das sich bisher schleichend etabliert hat: die Militarisierung des Ordnungsdiensts. Dies geht vom Einsatz von militärischem Material bis hin zum Truppeneinsatz selbst. Es wurde eine Vereinbarung mit dem Bund getroffen und es wurde eine Garantie abgegeben, dass die zu erbringenden Armeeleistungen unentgeltlich sein werden. Wir von der PdA können dem Sicherheitskonzept auch dann nicht zustimmen, wenn es einen budgetfreundlichen Anschein macht. Zusätzliche Verunsicherung kommt ausserdem auf, wenn unter dem Titel „Armee“ folgender Satz zu lesen ist: „Die Austragungsorte sind innerhalb der Projektorganisation öffentliche Hand gegenwärtig daran, eine Vereinbarung auszuhandeln, der zufolge die für die EURO 2008 zu erbringenden subsidiären Leistungen der Armee in den Austragungsorten kostenbefreit erbracht werden.“ (S. 21/30) Existiert die Vereinbarung schon? Oder ist sie reines Wunschdenken? Der Perversion des Prinzips Hoffnung können wir nichts abgewinnen und sie ist uns keinen Franken wert.

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück; so vergibt sich Bern die Chance, ökologische Nachhaltigkeit nicht nur zu postulieren, sondern auch umzusetzen. Als Schritt in eine ökologische Richtung, können sicherlich jene Massnahmen gelten, die zur möglichst stressfreien Mobilität der Gäste und Gastgeber beitragen. Nämlich: attraktiver öffentlicher Verkehr, verbunden mit Verkehrsberuhigungen. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch die Einsicht, dass der Weg aus der Innenstadt zum Wankdorfstadion den Matchbesucherinnen und –besuchern zugemutet werden kann. Unter dem Stichwort „Parkierung“ ist aber festgehalten: „Aufgabe der Stadt ist es aber, ausreichende Angebote für die Fans (Busse und Personenwagen) zur Verfügung zu stellen.“ (S. 25/30) Aber wo genau soll parkiert werden? Dass neben der Kleinen Allmend und dem Schermenareal, die Verkehrsflächen im verkehrsberuhigten Perimeter angeboten werden, dürfte als originelle Interpretation von Verkehrsberuhigung in die Geschichte der EURO 08 eingehen. Mit dem nächsten Schritt sind wir beim Ausbau des Schermenareals und der Kleinen Allmend zu allwettertauglichen Parkflächen. Nachhaltigkeit kann man auch auf diese Weise verstehen. Das Nordquartier wird sich noch lange an diese Lesart erinnern dürfen. Die PdA lehnt die Investitionen in den Privatverkehr ab und fordert deren Streichung aus dem Kredit für die EURO 08. Die PdA widersetzt sich einem Sicherheitskonzept, welcher der weiteren Militarisierung der Gesellschaft Tür und Tor öffnet. Unsere Anträge liegen dem Rat schriftlich vor.

Christoph Berger (SP): Ich rede nicht als Parteivertreter, sondern als Vertreter einer Minderheit. Diese Minderheit macht immerhin 10 bis 15% der Bevölkerung aus. Diese Minderheit macht sich nichts aus Fussball und anderen Sportgrosseignissen. Diese Leute leiden, wenn wochenlang in den Nachrichten über solche Ereignisse berichtet wird und wenn wochenlang in allen Restaurants die Fernseher in voller Lautstärke laufen. In den Fussballstadien und darum herum kommt es immer wieder zu unschönen Szenen. Szenen, die, würden sie sich in der Nähe der Reitschule abspielen, viele kritisieren würden. Es wird regelmässig ein riesiges Aufgebot an Polizei und Armee eingesetzt. Wenige stellen dabei ernsthaft die Kosten in Frage. Wenn es in der Stadt eine friedliche Demonstration gibt, wird regelmässig der Untergang des ansässigen Gewerbes heraufbeschworen. Kein Wort allerdings, wenn die Stadt von Hor-

den fahnenschwenkender und bierseeliger Fans heimgesucht wird. Dies wird als für die Wirtschaft positiv gewertet. Ebenfalls kein Wort verliert man bezüglich Umweltschutz, wenn nach jedem Spiel sinnlos hupend mit den Autos umhergefahren, Benzin verbraucht und CO₂ ausgestossen wird.

Es geht mir nicht darum, anderen ihr Vergnügen zu missgönnen. Wenn es die Finanzlage der Stadt zulassen würde, dann würde ich den Kredit durchaus befürworten können. Wir sind aber in der ungemütlichen Situation, dass wir im nächsten Jahr rund 22 Mio. Franken einsparen müssen. Die EURO 08 kostet einen Viertel dieses Betrages. Die Summe soll für insgesamt 3 Spiele ausgegeben werden. Ich erachte dies als einen Verhältnisblödsinn. Die geplanten Sparmassnahmen werden den Breitensport treffen: zwei Fussballfelder sollen zurückgestellt werden. Zudem leidet der Sozialbereich darunter; das Kornhausforum soll geschlossen und die dort tätigen Leute entlassen werden, und ganz allgemein ist geplant, beim städtischen Personal zu sparen. Die Euphorie, die im Vorfeld von solchen Megaevents herrscht, ist nach den Spielen jeweils schnell verfliegen; spätestens dann, wenn die Ausgaben kompensiert werden müssen. Vor diesem Hintergrund kann ich nicht in die allgemeine Begeisterung einstimmen und kann es nicht verantworten, diesem Kredit zuzustimmen.

Andreas Kruppen (SP): Obschon ich zur vorher erwähneter Minderheit gehöre, kann ich mich unserem Fraktionssprecher voll und ganz anschliessen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Ich danke dem Kommissionsprecher für die sorgfältige Vorbereitung des Geschäfts sowie allen Fraktionssprecher/innen und Votanten/innen auch wenn ich nicht mit allen Voten einverstanden bin. Ich danke vor allen Dingen auch dem Projektteam von EURO 08, das bis anhin hervorragende Arbeit geleistet hat. Namentlich zu erwähnen sind insbesondere Bruno Wicki (Stadtpolizei) Hugo Staub (Verkehr) und Marcel Brühlhart (Leitung). Es wurde viel geleistet, es muss allerdings noch weiterhin viel Arbeit geleistet werden. Auf viele Fragen kann man heute noch keine abschliessenden Antworten geben. Ich bin überzeugt, dass die EURO 08 den Bernerinnen und Bernern Spass machen wird.

Heute steht ein politischer Entscheid an, der zeigen soll, in welche Richtung die Stadt weitergehen wird. Es wird ein Entscheid sein, der von der Öffentlichkeit beobachtet wird. Ich bin erfreut, dass das obligatorische Referendum gutgeheissen wird. Wir haben eine seriöse und transparente Vorlage ausgearbeitet, die man vor dem Volk vertreten kann. Im Geschäft EURO 08 ist es gelungen, mit dem Kanton zusammenzuarbeiten und Arbeiten und Kosten aufzuteilen. Es ist nicht selbstverständlich, dass Kanton und Stadt zusammenarbeiten; in Zürich beispielsweise ist der Kanton bei der EURO 08 nicht präsent. Ich danke an dieser Stelle dem Kanton einerseits für die finanzielle Beteiligung und andererseits für die Bereitschaft, das Projekt in den anderen Gemeinden zu unterstützen. Es ist zudem gelungen, dank der guten Zusammenarbeit der vier Schweizer Städte, eine faire Vereinbarung mit der UEFA abzuschliessen. Die UEFA hat mit der EURO aber auch mit der Championsleague zwei Perlen in ihrem Sortiment. Um diese Perlen reissen sich alle. Unter diesen Voraussetzungen kämpft man mit ungleichen Spiessen. Es ist aber das erste Mal gelungen, gegenüber der UEFA – bei der FIFA ist es noch nie gelungen – zumindest eine Kostenbeteiligung auszuhandeln, die mehr als nur symbolisch ist. Der UEFA muss zu Gute gehalten werden, dass vom Gewinn nicht irgendwelche Funktionäre profitieren. Vielmehr wird er unter den Mitgliedsländern der UEFA aufgeteilt. Somit kommt das Geld zu einem grossen Teil dem Breitensport und sicher zum Teil auch dem Spitzensport zu. Die abgeschlossene Vereinbarung ist unter den gegebenen Voraussetzungen gut: Die UEFA hat das Produkt und wir wollen daran partizipieren. Das macht Verhandlungen schwierig. Den Bund hätten wir gerne noch stärker eingebunden; wir haben uns um einen Kredit in der Höhe von 17 Mio. Franken bemüht. Schlussendlich haben

wir 10.5 Mio. Franken erhalten. Bei den Nachverhandlungen konnte das eine oder andere noch gewonnen werden. Insbesondere konnten Reserven sichergestellt werden, die für den Fall, dass Hochsicherheitsrisikospiele stattfinden, abgegolten werden. Es haben sich diverse Unternehmen bereit erklärt, Geld zur Verfügung zu stellen, ohne Gegenbedingungen zu stellen, damit die Bevölkerung durch kleine oder grosse Publikumsveranstaltungen miteinbezogen werden kann. Ein spezieller Dank gilt also auch diesen Unternehmungen. Der eingeschlagene Weg ist der richtige. Wir können ihn nur erfolgreich zu Ende gehen, wenn wir ihn gemeinsam weiter gehen. Wir wollen weiterhin die Betroffenen einbeziehen. Wir müssen alles tun, um Sicherheitsrisiken möglichst auszuschliessen.

Wir werden uns bemühen, Abfallminimierungskonzepte durchzusetzen. Wir wollen, soweit dies möglich ist, ein Mehrwegkonzept. Wir streben einen Modalsplit an, der hoch sein wird. Wir sind in der glücklichen Lage, über einen guten öV zu verfügen. Auf Bundesebene haben wir mit den 36-Stunden-GA der SBB sicherlich einen wesentlichen Punkt erreicht. Man wird auch im Bereich der CO₂-Verringerung versuchen, zusammen mit dem Bund weitere Lösungen zu finden. Gelder im städtischen Budget sind aber speziell hierfür nicht ausgeschieden worden.

Wir erleben täglich, dass die Stimmung in der Bevölkerung betreffend EURO 08 positiv ist. Leute rufen an, um sich zu erkundigen, wie sie zu Tickets kommen können. Sie wollen aber nicht nur die Spiele besuchen, sie wollen auch ein Fest erleben. Meiner Meinung nach stellt dies für uns eine Verpflichtung dar. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir mit dieser EURO in Bern nicht überborden werden. Wir verzichten zum Beispiel auf teure Werbekampagnen im Ausland. Wir möchten auch nur soviel Sicherheit wie nötig ist. Aber Italien hat leider vor wenigen Tagen gezeigt, wie schnell die Stimmung wechseln kann. Auch das Spiel YB – Basel hat gezeigt, wie wenig es braucht, um vielen Leuten die Freude am Spiel zu verderben. Wir werden versuchen, eine EURO durchzuführen, welche die Stadt, im positiven Sinn, durchwirbeln soll. Wenn Fussballfans als Horde grölender Biersäufer dargestellt werden, dann wird den Leuten Unrecht getan. Eine EURO ist kein Clubmatch; es herrschen andere Publikumsstrukturen vor. Deutschland hat bewiesen, dass man ein Fussballfest feiern kann, das nicht ausarten muss. Ich bin dagegen, dass die EURO auf diese Art in Misskredit gebracht wird.

Wir wollen zwar ein EURO-Fest, allerdings wollen wir auch so viel Normalität wie möglich gewährleisten. Beispielsweise muss der Markt stattfinden können. Ausserdem soll nach den drei Spielen kein drei-wöchiges Fest im Stade de Suisse stattfinden, welches das Nordquartier belastet. Wir wollen versuchen, das Fest so zu gestalten, dass alle jene, die sich nicht für die EURO 08 begeistern können, so viel Normalität als möglich erleben können. Ich hoffe aber auf Toleranz von Seiten jener, die keine Fussballfans sind. Die EURO 08 wird schnell vorüber sein. Wir setzen alles daran, die Innenstadt und das Nordquartier so gut wie möglich zu schützen. In Absprache und in Zusammenarbeit mit den Quartierorganisationen werden entsprechende Massnahmen ergriffen und umgesetzt. Bisherige Grossveranstaltungen wie Konzerte oder Fussballspiele haben gezeigt, dass die Polizei weiss, wie vorzugehen ist.

Der Gemeinderat hat transparent dargestellt, wo die Risiken – auch die Kostenrisiken – liegen. Es ist erwähnt, dass Police Bern noch nicht angenommen ist und es ist auch erwähnt, dass die Kosten um 1.8 Mio. Franken zunehmen, wenn Police Bern nicht angenommen wird. Über Monate hinweg haben wir nun über Police Bern gesprochen und verhandelt. Jetzt ist sie auf politischer Ebene beschlossen. Aus diesem Grund muss der Posten auch nicht im Budget aufgenommen werden. Wir haben zudem dargestellt, dass ein Risikospiele mehr Kosten auslösen kann. Für diesen Fall liegen Gelder beim Bund abholbereit.

Was die Einnahmen betrifft, so haben wir diese vorsichtig budgetiert. Einnahmen, bei denen wir nicht sicher waren, in welcher Höhe sie anfallen, haben wir gar nicht erst budgetiert. Parkplätze beispielsweise sind nicht budgetiert. Gleiches gilt für Einnahmen im Gastronomiebereich. Man kann aus diesem Grund davon ausgehen, dass die eine oder andere Einnahme

noch hinzukommen wird. Wir haben auch ausgewiesen, dass diese Einnahmen der Stadtkasse zufließen sollen. Im Unterschied zu den anderen sportlichen Grossveranstaltungen benötigen wir kein Geld für Investitionen. Die vorhandenen Infrastrukturen sind in hervorragendem Zustand. Im Prinzip unterliegt die Vorlage dem fakultativen Referendum. Der Gemeinderat hat sich klar für das obligatorische Referendum ausgesprochen. Wir benötigen Sicherheit, um weiterarbeiten zu können. Ich bin überzeugt, dass das Volk im Juni Ja sagen wird zur EURO 08.

Noch einige Bemerkungen zu den einzelnen Votanten: Meiner Meinung nach ist es nicht richtig, Fussball gegen Bildung und Soziales auszuspielen. Man muss einen Weg finden, damit beides in vernünftigem Mass möglich ist. Ich schliesse mich der Meinung an, dass 5.5 Mio. Franken viel Geld ist. Im vorgelegten Budget wurde sorgfältig gerechnet. Wir haben versucht, kostenbewusst zu budgetieren. Die Einnahmen sind wie gesagt noch nicht berücksichtigt. Das Argument, es handle sich ja nur um drei Spiele, gilt meines Erachtens nicht. Das Ereignis geht auch für Bern weit über diese drei Spiele hinaus. Die EURO 08 ist ein Ereignis, das heute schon viele Emotionen auslöst. Ich finde, wir sollten aufhören, kleinlich Franken und Rappen zu zählen und dabei auszublenden, dass eine EURO in Bern auch eine Chance sein kann, dem Land und Europa zu zeigen, dass wir eine offene, fortschrittliche und europafreundliche Stadt sind. Dies als Botschaft lässt sich nicht in Franken und Rappen bemessen. Man sollte diesen Aspekt nicht völlig ausblenden. Die Anträge von Daniele Jenni sollten abgelehnt werden: Die Verhandlungen sind an und für sich abgeschlossen. Im Falle eines Gewinnes können wir partizipieren; ob schliesslich auch Gewinn gemacht wird, wird sich zeigen. Die in Antrag 2 geforderte Einsparung von 1 Mio. Franken respektive Neuverhandlungen mit der UEFA zu führen, ist nicht möglich. Im Nachhinein nochmals Verhandlungen zu verlangen, würde uns unglaubwürdig machen. Die Sicherheitskosten der UEFA zu übertragen wäre an und für sich eine gute Idee, leider hat man vor vielen Jahren der UEFA etwas anderes versprochen. Die entsprechenden schriftlichen Zusagen von Seiten des Bundes sind gemacht worden. Was die Kontrolle angeht bin ich sofort bereit, so wenig Kontrollen wie möglich durchzuführen. Wir wollen friedliche Spiele und nur dort Kontrollen, wo es nötig ist. Aber Kontrollen werden nötig sein, um sichere Spiele und Feste zu ermöglichen. Antrag 3 von Daniele Jenni fordert, dass finanziell eingehalten werden muss, was im Vortrag steht. In Zukunft müsste dann aber bei jedem Geschäft festgehalten werden, dass erwartet wird, dass die jeweiligen Beträge nicht überschritten werden dürfen – das macht keinen Sinn. Der Antrag bezüglich Reporting stellt kein Problem dar. Wir werden den Rat gerne über den jeweiligen Stand der Dinge orientieren. Wir wollen ja die EURO gemeinsam zu einem erfolgreichen Anlass werden lassen. Was den Antrag von Rolf Zbinden betrifft, die Kredite bezüglich Schermenareal und Kleiner Allmend zu kürzen, so möchte ich festhalten, dass das Wettertauglichmachen des Schermenareals mit der EURO 08 nichts zu tun. Die Kleine Allmend wird ausserdem nur allwettertauglich gemacht für die EURO 08; dies aber nicht einmal flächendeckend. Sie wird nachher wieder in den ursprünglichen Zustand zurückgesetzt.

Abstimmung erfolgt nach Traktandum 10.

4 Postulat Fraktion GFL/EVP (Barbara Streit-Stettler, EVP): EURO 08 ohne Alkohol-Exzesse

Geschäftsnummer 06.000203 / 06/334

Der Zusammenhang zwischen gewalttätigen Ausschreitungen und Alkohol ist offensichtlich. Noch sind uns die Ausschreitungen in Basel in lebhafter Erinnerung. „Es war doch sicher so,

dass auch in Basel ein Grossteil der Randalierer alkoholisiert war“, sagte beispielsweise die Mäzenin des FC Basels, Gigi Oeri, in einem Interview mit dem „Bund“ nach den beschämenden Ereignissen im Mai 2006. „So benimmt man sich nur unter Alkoholeinfluss.“

An den Europameisterschaften in Portugal 2004 galt auf Verlangen der Uefa ein Ausschankverbot von Alkohol innerhalb der Stadien. Die Erfahrungen waren positiv und alkoholfreie Stadien gehören deshalb heute zum Standard der Uefa. An der WM 2006 wurde zwar in den Stadien kein totales Alkoholverbot ausgesprochen, das Bier pro Bestellung und Person war aber auf einen Liter beschränkt. Auf bestimmten Fanarealen wurde zudem zeitweise kein Alkohol ausgeschenkt.

Bezüglich Euro 08 und Alkohol ist bislang Folgendes bekannt:

- Innerhalb der Stadien der Schweiz und Österreichs wird während der Euro 08 auf Geheiss der Uefa kein Alkohol ausgeschenkt werden (mit Ausnahme des VIP-Bereichs).
- Bundesrat Schmid unterstützt Alkoholausschankverbote auch ausserhalb der Stadien als Präventionsmassnahme. Wie er in der Debatte im Nationalrat zu Euro 08 in der Frühjahrssession 2006 erklärte, sei die Befugnis, um derartige Massnahmen zu ergreifen, aber bei den Kantonen und Gemeinden.

Tatsache ist, dass alkoholisierte Fans nicht nur in den Stadien ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Auch für die Stadt Bern selbst als Host-City werden die Sicherheitskosten erheblich ansteigen, wenn es nicht gelingt, den Alkoholkonsum während der Euro 08 auf ein vernünftiges Mass zu beschränken. Dabei ist zu bedenken, dass die Städte in der Schweiz wesentlich kleinräumiger sind als etwa in Deutschland oder Portugal und die Massnahmen deshalb dementsprechend anzupassen sind.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat, im Sicherheitsdispositiv für die Euro 08 den Faktor Alkohol mit einzubeziehen und insbesondere folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Am Tag, an dem ein Match in Bern stattfindet, darf auch ausserhalb des Stadions kein Alkohol ausgeschenkt und/oder verkauft werden. Wie gross der Perimeter sein muss, um dieses Verbot wirkungsvoll durchzusetzen, muss untersucht werden. Eventuell muss die Zusammenarbeit mit der Agglomeration und dem Kanton gesucht werden.
2. Während der ganzen Euro 08 sind die Kontrollen zu verstärken, damit die Jugendschutzbestimmungen betreffend Alkohol wirkungsvoll durchgesetzt werden können.
3. Mit den anderen Schweizer Host-Cities Zürich, Basel und Genf ist die Zusammenarbeit ebenfalls zu suchen.

Bern, 6. Juli 2006

Antwort des Gemeinderats

Der Faktor Alkohol ist wie viele andere auch Gegenstand des EURO-08-Konzepts und dementsprechend auch des Sicherheitsdispositivs. Ein Alkoholverbot ausserhalb des Stade de Suisse Wankdorf Bern lehnt der Gemeinderat ab, weil einerseits schwerwiegende rechtliche Bedenken (insbesondere Handels- und Gewerbefreiheit, Gleichbehandlungsgebot, Verhältnismässigkeit) einer solchen Massnahme entgegen stehen und andererseits Alkoholverbote sich kontraproduktiv auswirken können. Letzteres insbesondere deshalb, weil möglicherweise Matchbesuchende bereits in betrunkenem Zustand nach Bern reisen. Der Gemeinderat wird sich aber nach dem Vorbild von Deutschland (WM 06) mit Vehemenz dafür einsetzen, dass zumindest in der Innenstadt lediglich tiefprozentige alkoholische Getränke ausgeschenkt bzw. verkauft werden. Punkt 1 des Postulats lehnt der Gemeinderat deshalb ab. Er ist hingegen bereit, Punkt 2 und 3 als Postulat entgegen zu nehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 abzulehnen und Punkt 2 und 3 erheblich zu erklären.

Bern, 20. Dezember 2006

Postulantin *Barbara Streit-Stettler* (EVP): Der Vortrag ist sehr umfassend und durchdacht. Erstaunt bin ich darüber, dass das Thema Alkohol mit keinem Wort erwähnt wird, obschon wir ja alle wissen, dass das Bier an diesem Ereignis in Strömen fliessen wird. Ein Kapitel wird der Prostitution gewidmet und es wird detailliert aufgezeigt, wie man diesbezüglich für Sicherheit sorgen will. Das Thema Alkohol gehört ebenfalls in das Kapitel Sicherheit. Im Bereich Sicherheit geht es nicht nur darum, Symptombekämpfung zu machen und genügend Polizisten, Sanitätspersonal und die Feuerwehr aufzubieten, sondern auch darum, Probleme an der Wurzel anzugehen. Eine derartige Wurzel ist eben, wenn zuviel Alkohol getrunken wird und dadurch das Gewaltpotential zunimmt. Aus diesem Grund müssen wir beispielsweise bereits in Fanzügen Sicherheitsleute mitschicken, weil es dort aufgrund des Alkoholkonsums nicht mehr vernünftig zu und her geht. An der WM, in den Zügen nach Deutschland, war dies beispielsweise der Fall.

An und für sich ist es erfreulich, und ich danke dem Gemeinderat dafür, dass er die Punkte 2 und 3 meines Postulats annehmen möchte. Ich hoffe aber, dass er im Gegensatz zur jetzigen, eher oberflächlichen Antwort, im Bericht über ein griffiges Konzept zum Jugendschutz orientieren kann. Es wird nicht einfach sein, den Jugendschutz bei den Massen, welche die EURO 08 anziehen wird, auch wirkungsvoll umzusetzen. Die EURO 08 ist wesentlich grösser als ein Gurtenfestival oder andere Berner Events, bei denen man in den letzten Jahren derartige Konzepte erprobt hat. Sicherlich braucht es dazu mehr Personal. In diesem Sinn hoffe ich, dass mindestens die zusätzlichen Stellen auf dem Polizeiinspektorat, die wir gefordert haben, auch wirklich ins Budget 08 aufgenommen werden.

Punkt 1 empfiehlt der Gemeinderat zur Ablehnung. Es handelt sich hierbei um ein Postulat. Ich bitte also den Gemeinderat, diesen Punkt zu prüfen. Wenn er den Punkt ablehnen möchte, heisst das, dass er nicht prüfen möchte, ob es eventuelle eine Möglichkeit wäre, an den Spieltagen in einem gewissen Perimeter keinen Alkohol zu verkaufen. Der Gemeinderat behauptet, dass keine Möglichkeit besteht, diese Forderung umzusetzen. Dass es aber doch geht, ist im Herbst 2005 bereits bewiesen worden. Damals hat in Genf ein Länderspiel zwischen England und Argentinien stattgefunden. Von morgens 6 Uhr bis abends 11 Uhr ist in einem grossen Perimeter rund um das Stadion kein Alkohol verkauft und ausgedient worden, weil man sich vor den englischen Hooligans fürchtete. In Genf hat das Alkoholverbot funktioniert und auch entsprechend gewirkt. Im Zusammenhang mit diesem Spiel hat es absolut keine Probleme gegeben. Ich habe auch gehört, wobei ich dies allerdings nicht genau nachgeprüft habe, dass in Turin zum Teil ähnlich Massnahmen ergriffen worden waren. Was ist nun, wenn England in Bern spielt. Das wäre sicherlich ein Spiel mit – wie dies im Vortrag definiert wird – hohem Gefahrenpotential. Hier müsste unsere Forderung dringend geprüft werden. Vielleicht gibt es aber auch andere Massnahmen, damit man den Alkoholkonsum in den Griff bekommt. Beispielsweise ist auch auf kantonaler Ebene davon gesprochen worden, gratis Mineralwasser auszuschenken. Man könnte aber auch prüfen, ob nicht Bier mit einem niedrigeren Promillegehalt auszuschenken wäre. Ausländische Fans sind sich häufig nicht an das stärker alkoholhaltige Schweizer Bier gewöhnt. Dass der Alkoholverkauf als Sicherheitsmassnahme eingeschränkt wird oder zeitweise sogar gänzlich verboten wird, ist übrigens nicht nur die Idee der EVP. Etwas Ähnliches haben die Grünen im Zusammenhang mit der EURO 08 im Nationalrat gefordert. Bundesrat Schmid hat damals angedeutet, dass er eine derartige Massnahme als prüfenswert erachte, dass es aber Aufgabe der Kantone und der Städte sei, derar-

tige Massnahmen zu beschliessen. Eine ähnliche Idee steckt hinter dem Vorstoss von Beat Zobrist, der den Verkauf von Alkohol am Abend im Bahnhof einschränken möchte. Auch Leute aus dem Sicherheitsstab der EURO 08 auf Bundesebene und Fachleute aus der Fanbetreuung befürworten eine Einschränkung von Alkoholverkauf rund um das Stadion. Ich bitte den Rat, auch Punkt 1 anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Simon Glauser (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir lehnen, genauso wie der Gemeinderat, Punkt 1 des Postulats ab. Für uns ist es klar, dass übermässiger Alkoholkonsum zu einem Sicherheitsrisiko führt, sowohl innerhalb wie auch ausserhalb der Stadien. Wir haben gehört, dass innerhalb der Stadien ein Alkoholverbot gilt. Dieses Verbot wird von uns unterstützt, obschon wir ansonsten nicht eine Partei sind, die für Verbote und Einschränkungen einsteht. Was hingegen mit Punkt 1 des Postulats verlangt wird, ist unserer Meinung nach nicht umsetzbar. Der Perimeter müsste so riesig gemacht werden, dass er nicht mehr kontrollierbar wäre. Es macht keinen Sinn, den Restaurantsbesitzern oder den Detailhändlern zu verbieten, Alkohol zu verkaufen. Wir schlagen dem Gemeinderat vor, darauf hinzuwirken, dass innerhalb der abgesperrten Fanzonen auf Alkoholausschank verzichtet wird. Dabei würde es sich um einen überblickbaren Perimeter handeln. Die Punkte 2 und 3 befürworten wird. Wir hoffen, dass es entsprechende Kontrollen geben wird. Was die Zusammenarbeit der Städte betrifft, so ist diese wünschenswert.

Stefan Jordi (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir sind der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Wer in den Fanzonen Bier ausschenkt, muss auch günstig Wasser abgegeben. Wichtiger als Verbote, die nur den Schwarzmarkt begünstigen, ist eine Präventionskampagne während der EURO 08, die speziell auf Fussballbegeisterte ausgerichtet ist. Diese beiden Möglichkeiten wären noch zu überprüfen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Wenn wir Punkt 1 ablehnen, dann nicht, weil wir die Idee nicht gut finden, sondern weil wir keine gesetzlichen Grundlagen haben, sie umzusetzen. Wir bemühen uns um Verhandlungen mit Restaurants und Fanmeilen, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Dialog ist nötig; mit Verboten ist nichts zu erreichen. Dies haben auch Erfahrungen aus dem Cupfinal gezeigt.

Beschlüsse

1. Punkt 1 des Postulats wird abgelehnt (19 Ja, 48 Nein).
2. Die Punkte 2 und 3 des Postulats sind unbestritten und werden stillschweigend erheblich erklärt.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Bernasconi*

Die Protokollführerin: *Patricia Sandrieser*

Präsenzliste der Sitzung 20.45 bis 21.45 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Bernasconi

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Cristina Anliker-Mansour
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Manfred Blaser
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Susanne Elsener
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Jacqueline Gafner Wasem
Karin Gasser

Simon Glauser
Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Stephan Hügli-Schaad
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Sarah Kämpf
Andreas Krummen
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniel Lerch
Anna Magdalena Linder
Ursula Marti
Christine Michel
Patrizia Mordini
Erik Mozsa

Christoph Müller
Philippe Müller
Nadia Omar
Lydia Riesen-Welz
Simon Röthlisberger
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Anne Wegmüller
Sandra Wyss
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Büechi
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Beni Hirt

Natalie Imboden
Rudolf Keller
Markus Kiener
Liselotte Lüscher

Corinne Mathieu
Reto Nause
Christian Wasserfallen
Thomas Weil

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Barbara Hayoz FPI, stv. SUE

Entschuldigt

Regula Rytz TVS

Edith Olibet BSS

Ratssekretariat
Annina Jegher

Stadtkanzlei
-

Traktandenliste

Traktandum 9 und 10 werden gemeinsam behandelt.

5 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): EURO 08: Prävention für Freier

Geschäftsnummer 06.000171 / 06/268

Die Fussball-Europameisterschaft im Juni 2008 wird überwiegend männliche Gäste haben. Sie werden sich nicht nur im Stade de Suisse und Bars vergnügen. Grosse Sportereignisse führen auch zu einer erhöhten Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen. Hier ist es unerlässlich die Sensibilität der Männer gegenüber unfreiwilliger Prostitution, gegenüber den Opfern von Menschenhandel zu erhöhen und die Bereitschaft zum verantwortlichen sexuellen Handeln zu fördern.

Das Projekt „Don Juan, face to face“ (Freierbildung) der AIDS-Hilfe Schweiz wird in mehreren Städten in der Schweiz durchgeführt. Auch die AIDS-Hilfe Bern hat in den letzten vier Jahren dieses Projekt in Biel und Bern durchgeführt. Die Projekt-Mitarbeiter versuchen mit den Freiern ins Gespräch zu kommen, um einerseits das Thema Zwangsprostitution und andererseits über die Risiken bei ungeschützten Sexpraktiken zu informieren. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Zahl der Freier, die Sex ohne Kondom wünschen, erschreckend gross ist. Die AIDS-Hilfe Bern ist bereits jetzt mit Vorbereitungen für die Euro 08 beschäftigt. Verschiedene Problembereiche dieses Themas sind aufzuarbeiten und daraus eine Sensibilisierungskampagne zu gestalten. Weitere Präventions-Massnahmen sind aufzugleisen und sinnvoll einzusetzen. Zur Fussballweltmeisterschaft 2006 wurde in Deutschland die Kampagne „abpiff – Schluss mit der Zwangsprostitution“ gestartet. Während der WM plant die Initiative, die von verschiedensten Städten, Kirchen, Frauenorganisationen, Parteien etc. getragen wird, zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen. So soll mit Flugblättern und Plakaten über Menschenhandel und Ausbeutung aufgeklärt werden. Es wäre wünschenswert, wenn in der Stadt Bern ähnliches initiiert wird.

Wir bitten daher den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Gemeinderat bereit, bei einer Sichtbarkeitskampagne (Plakate, Flyer: z.B. „Don Juan, face to face“ finanzielle Unterstützung zu leisten?
2. Ist der Gemeinderat bereit, eine umfassende Initiative wie in Deutschen Städten zu unterstützen?
3. Kann der Gemeinderat garantieren, dass die Zugänglichkeit für Präventionsarbeit, Info-stand und erhöhte Präsenz rund ums Stadion möglich sein wird?
4. Ist der Gemeinderat bereit mit der SFV/UEFA zu verhandeln, damit die Sensibilisierungsarbeit ungestört durchgeführt werden kann?
5. Gedenkt der Gemeinderat mit den Fachstellen in Kontakt zu treten, um die nötigen Fragestellungen, konkrete Unterstützung und die Zusammenarbeit, die nötig sein wird, zu fördern und anzupacken?

Bern, 8. Juni 2006

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich der Problematik einer erhöhten Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen im Rahmen grosser Sportereignisse bewusst. Er ist bereit, sich mit Ziel der Ver-

besserung männlicher Sensibilität betreffend unfreiwilliger Prostitution, Menschenhandel und verantwortlichem sexuellem Handeln zu engagieren. Der Gesamtprojektleiter EURO 08 Bern ist im Auftrag des Gemeinderats zurzeit daran, Kooperationen mit Organisationen wie Xenia oder der AIDS-Hilfe Bern aufzubauen. Die angestrebte Zusammenarbeit soll in Vorschläge für konkrete Massnahmen münden und deren wirkungsvolle Umsetzung sicherstellen.

Aus diesem Grund ist es aus der Sicht des Gemeinderats verfrüht, bereits über konkrete Massnahmen zu befinden - zumal die Auswertungen aus Deutschland noch nicht vollumfänglich vorliegen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der von ihm eingeschlagene Weg - wie von den Interpellantinnen und Interpellanten angeregt - zu kooperativen und wirkungsvollen Lösungen im Bereich der Prävention für Freier führen wird.

Zu Frage 1 und 2: Vgl. Einleitung.

Zu Frage 3: Das kann er im heutigen Zeitpunkt nicht garantieren, weil die Verhandlungen mit der Euro 2008 SA betreffend der Host City-Charta noch nicht abgeschlossen sind. Der Gemeinderat wird sich, gestützt auf die einleitend in Aussicht gestellte Kooperation dafür einsetzen, dass die Thematik angemessen zur Sprache kommen kann.

Zu Frage 4: Ja.

Zu Frage 5: Er ist, wie eingangs erwähnt wird, bereits in Kontakt getreten.

Bern, 20. September 2006

Interpellantin *Patrizia Mordini* (SP): Die Antwort des Gemeinderats geht in die richtige Richtung. Aber die Absichtserklärung könnte aus unserer Sicht stärker sein. Es ist sehr wichtig, bei den potenziellen Freiern gute und umfassende Präventionsarbeit zu leisten. Nebst der AIDS-Prävention, die zu einem verantwortungsvollen Verhalten aufruft, geht es auch um eine flächendeckende Sensibilisierungsarbeit. So können potenzielle Freier auf die Signale des Frauenhandels aufmerksam gemacht werden. Wir sind der Meinung, dass die Antwort des Gemeinderats diesbezüglich noch deutlicher sein könnte, und haben deshalb eine Zusatzfrage: Wie stellt der Gemeinderat aus aktueller Sicht sicher, dass gerade die richtige Präventions- und Sensibilisierungsarbeit wirklich vor Ort geleistet werden kann?

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Man muss sich fragen, ob diese Szene eher rund um das Stadion existiert oder in der Innenstadt. In Deutschland gab es damals diese Szene in den Fanzonen und nicht unmittelbar beim Stadion. Bei den Fanzonen ist der Zugang gewährleistet. Anders ist es in dem innern- und äusseren Kreis, der durch die UEFA bestimmt wird. Dort muss man mit der UEFA individuell das Gespräch suchen. Wir führen aber Gespräche mit den Organisationen. Ich glaube, dass man sich in allen Städten bewusst ist, dass dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Ich kann zum heutigen Zeitpunkt noch keine konkreten Aussagen machen, weil die genauen Perimeter noch nicht feststehen. Man muss sich auch die Frage stellen, wo Präsenz überhaupt markiert werden muss: Ist es eher an den Orten, wo die Leute feiern oder wo die Matches ausgetragen werden? Wir denken, dass die Präsenz eher in der Innenstadt notwendig ist, wo die Leute feiern. Dieses Gespräch muss man mit den Organisationen führen. Der Kontakt besteht und wir haben auch ein entsprechendes Budget bereitgestellt. Wir sind uns bewusst, dass wir hier etwas tun müssen und wollen dies auch. Wir haben noch genügend Zeit, um entsprechende Lösungen im Interesse und zum Schutz der Betroffenen zu finden.

Die Interpellantin ist mit der Antwort des Gemeinderats **teilweise** zufrieden.

6 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): EURO 08: Umgang mit Prostitution

Geschäftsnummer 06.000.172 / 06/267

Im Juni 2008 beginnt die Euro 08 und auch in Bern, Stade de Suisse, werden Spiele stattfinden. Die Fussball-EM ist zuschauerermässig nach der Sommer-Olympiade und der Fussball-WM das dritt wichtigste Sportereignis weltweit. Grosse Sportereignisse mit überwiegend männlichen Zuschauern führen erfahrungsgemäss zu einer grösseren Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen. Es wird freiwillige Prostitution geben, aber es ist anzunehmen, dass auch Frauen Opfer von Menschenhändlern werden und zur Prostitution gezwungen werden. Xenia Beratungs- und Fachstelle für Sexarbeiterinnen wird sich zwangsläufig mit der EM auseinandersetzen müssen und Mehrarbeit erhalten, da die Frauen aus dem Ausland sich bei ihnen über das Bewilligungsverfahren, Unterkunft etc. informieren und dies geschieht bereits jetzt schon. Hinzu kommt noch die präventive Arbeit, die sehr wichtig ist. Die Ressourcen für all diese Arbeit, die zusätzlich geleistet wird, genügen nicht.

Wir bitten den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer entscheidet unter welchen Kriterien über eine Arbeitsbewilligung für Sexarbeiterinnen während der EM? Und wo müssen sich die Frauen melden, damit sie zu einer Arbeitsbewilligung kommen?
2. Wo dürfen die Frauen arbeiten? Gibt es zusätzliche Strichzonen und Arbeitsplätze?
3. Was geschieht mit den Sexarbeiterinnen auf der Allmend? Werden die raren Standplätze bleiben? Wenn nicht, welche Alternativen werden zur Verfügung gestellt?
4. Wie stellen Behörden fest, ob es sich um Zwangsprostitution handelt und wie gedenken sie die Betroffenen sinnvoll zu beraten, begleiten und betreuen?
5. Wie gedenkt der Gemeinderat auf das Thema der Zwangsprostitution an der EM 08 aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren?
6. Gedenkt der Gemeinderat die SFV/UEFA aufzufordern, Frauenhandel und Zwangsprostitution offiziell zu verurteilen?
7. An der EM 08 wird es sehr viel mehr Frauen haben und die Arbeit für Xenia wird zunehmen. Ist der Gemeinderat bereit vor und während der EM 08 zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen?
8. Ist der Gemeinderat bereit, bei den zuständigen Organisationen SFV/UEFA um Kostenbeteiligung in dieser Sache anzufragen?

Bern, 8. Juni 2006

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich der Problematik einer erhöhten Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen während grosser Sportereignisse bewusst. Im Rahmen der Euro 08 werden sich namentlich Fragen im Zusammenhang mit Arbeitsbewilligungen, Arbeitsorten, Zwangsprostitution und Frauenhandel - zum Teil deutlich - akzentuieren. Der Gemeinderat ist bereit, diese Problemkreise aktiv anzugehen. Der Gesamtprojektleiter Euro 08 Bern arbeitet zurzeit am Aufbau von Kooperationen mit Organisationen wie Xenia oder der AIDS-Hilfe Bern. Die angestrebte Zusammenarbeit soll in Vorschläge für konkrete Massnahmen münden und deren wirkungsvolle Umsetzung sicherstellen.

Die von den Interpellanten und Interpellantinnen aufgeführten Vorschläge sind sicherlich variabel. Indessen beabsichtigt der Gemeinderat, die Ergebnisse der Kooperation zwischen dem Projekt Euro 08 Bern und den Fachorganisationen abzuwarten. Letztere werden auf die Auswertungen aus Deutschland abstellen können, die zurzeit jedoch noch nicht vollständig vor-

liegen. Aus diesem Grund ist es für den Gemeinderat verfrüht, bereits über konkrete Massnahmen zu befinden.

Der Gemeinderat ist darüber hinaus bestrebt, die an der Euro 08 beteiligten Organisationen wie die UEFA und den SFV in seine diesbezüglichen Aktivitäten mit einzubeziehen bzw. einzubinden.

Zu Frage 1: Für die Bewilligungserteilung für ausländische Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter ist das Polizeiinspektorat, handelnd durch die Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei, zuständig. Als Anlaufstelle für die Erteilung einer solchen Arbeitsbewilligung gelten die Einwohnerdienste der Stadt Bern.

Zu Frage 2 und 3: Wie eingangs erwähnt wird, kann zum heutigen Zeitpunkt keine genaue Angabe gemacht werden. Die Punkte sind Gegenstand der laufenden und noch nicht abgeschlossenen Abklärungen; dabei werden auch die Fachorganisationen beigezogen.

Zu Frage 4: Der Gemeinderat unterstützt das Polizeiinspektorat mit Einwohnerdiensten, Migration und Fremdenpolizei in seiner schwierigen Aufgabe. Im Rahmen der ausländerrechtlichen Bestimmungen und der einsetzbaren Ressourcen werden geeignete Präventions- und Repressionsmassnahmen getroffen. In Zusammenarbeit mit Bundesbehörden und Nicht-Regierungs-Organisationen, z.B. der International Organization of Migration (IOM), gilt es, Opfer zu erkennen und zu betreuen. Darüber hinaus werden der Menschenhandel und Menschenschmuggel im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten konsequent bekämpft.

Zu Frage 5: Auch diese Frage wird im Rahmen der laufenden Abklärungen zusammen mit den Fachorganisationen geklärt.

Zu Frage 6: Der Gemeinderat verurteilt Frauenhandel und Zwangsprostitution. Er erwartet, dass die genannten Verbände dies ebenfalls tun und wird das entsprechend vorbringen.

Zu Frage 7: Diese Frage wird im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Gesamtkreditvorlage geprüft.

Zu Frage 8: Ja.

Bern, 20. September 2006

Interpellantin *Miriam Schwarz* (SP): Wir begrüssen, dass sich der Gemeinderat der Problematik bewusst ist und bereit ist, aktiv zu werden. Bei der Frage 4 stimmt die Antwort nur teilweise. Das Fraueninformationszentrum (FIZ) Zürich bietet Beratung an und ist im Bereich Prävention von Frauenhandel und Zwangsprostitution tätig. Die International Organization of Migration (IOM) kümmert sich nur um Rückführungen. Mit beiden Organisationen sollte eine intensive Zusammenarbeit gepflegt werden. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er die UEFA und den schweizerischen Fussballverband (SFV) auffordert, Frauenhandel und Zwangsprostitution zu verurteilen. Ich habe noch zwei Fragen: 1. Wann gedenkt der Gemeinderat mit den Sexarbeiterinnen auf der Allmend Kontakt aufzunehmen, um mit ihnen über ihre Arbeitsmöglichkeiten während der EURO 08 zu diskutieren? 2. Ist es möglich, bis Ostern 2007 mit den Fachorganisationen, beispielsweise Xenia, Verträge abzuschliessen, damit sie sich entsprechend vorbereiten und die Planung für dieses Jahr vornehmen können? Xenia ist im Bereich Frauenhandel tätig. Da die Präventionsarbeit gesamtschweizerisch lanciert werden soll, muss die Organisation Xenia wissen, wie das Budget aussieht damit die Xenia ihr Engagement auch finanziell absichern kann. Das erfordert viel Arbeit und Zeit, da sie jetzt schon Anfragen von Frauen aus dem Ausland haben. Wie sieht es beispielsweise aus mit den Bewilligungen?

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Marcel Brühlhart, Projektleiter EURO 08 Bern, ist in Kontakt mit diesen Organisationen. Mit der Organisation Xenia sind bereits Gespräche geführt worden. Wir haben den Budgetposten aufgenommen, und deshalb brauchen wir heute Abend

auch eine grosse Zustimmung. Wenn uns dann auch das Volk unterstützt, ist vorgesehen, dass der Dialog weitergeführt wird und diese Arbeit unterstützt werden kann.

Die Interpellantin ist mit der Antwort des Gemeinderats **teilweise** zufrieden.

7 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Susanne Elsner, GFL): EURO 08: Europa zu Gast bei Freunden – auch in Bern?

Geschäftsnummer 06.000248 / 07/010

Das zweitgrösste Sportfest der Welt steht vor der Tür – Bern freut sich auf die EURO 08 und die Fussballwelt freut sich auf Bern. Deutschland und Berlin im speziellen haben vorgemacht, wie man den Besucherinnen und Besuchern und Sportlern trotz aufwändiger Sicherheitsvorkehrungen das Gefühl gibt, „zu Gast bei Freunden“ zu sein und als Fussballfan nicht einfach als potentielle Gefahr zu gelten.

Die gastfreundliche und ruhige Atmosphäre – auch mit einer Million Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Fan-Meile in Berlin, der Umgang mit den Fans und die grossartige Atmosphäre auf der Fanmeile sollen und können Vorbild für die Organisation des Ereignisses in Bern sein. Bern kann und soll auch in Sicherheitsfragen von den Organisatoren in Deutschland lernen. Nach Ansicht der Unterzeichnenden ist dabei eine breite Einbindung auch von Fachstellen für Fanarbeit notwendig. Sicherheit in und um Sportstätten und Datenschutz sind spätestens seit der „Schande von Basel“, der Diskussion um die Hooligan-Datenbank oder den Fan-Pass viel diskutierte Themen. Die Unterzeichnenden vertreten die Auffassung, dass der Datenschutz nicht unbedacht und unbesehen den Sicherheitsanforderungen der EURO 08 geopfert werden darf – genauso wenig wie die Sicherheit einem blinden Vertrauen in die Friedfertigkeit der Fans geopfert werden darf. Es sollen deshalb im Rahmen der EURO keine Fans einer Datensammlung zum Opfer fallen oder wegen falsch erhobener Daten ungerechtfertigte Einschränkungen erleben.

In diesem Zusammenhang stellen sich im Bezug auf die EURO 08 Fragen, deren baldige Beantwortung eine gute Vorbereitung und damit auch ein friedliches Fussballfest erleichtern:

1. Ist der Gemeinderat auch der Auffassung, dass der Sicherheitsbegriff im Rahmen der EURO 08 nicht (nur) ein repressiver sondern vor allem auch ein positiv-präventiver (Zu Gast bei Freunden) sein muss? Welche Ansätze hat er bis heute im Rahmen der EURO 08 verfolgt und wer ist alles bei der Erarbeitung der Sicherheitsdispositive eingebunden?
2. Gedenkt die Stadt aus den positiven Erfahrungen in Deutschland zu lernen und wenn Ja, in welcher Form?
3. Mit welchen Behörden, Institutionen, Vereinen und weiteren gedenkt der Gemeinderat die Fan-Betreuung (inkl. Sicherheit) während der EURO 08 (Spiele, ums Stadion, Fan-Meile, Rahmenprogramm, Stadt, ...) zu organisieren?
4. Wie gedenkt die Stadt von den Erfahrungen der Fachstellen für Fanarbeit (z.B. Fanarbeit.ch, FACH) im Umgang mit Fussballfans zu profitieren und diese einzubinden?
5. Ist der Gemeinderat bereit, sich bei allen involvierten Stellen für eine „Ombudsstelle für Datensammlungen im Sportbereich“ einzusetzen und eine solche gegebenenfalls mit zu tragen?

Bern, 7. September 2006

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat geht mit den Interpellierenden einig: Eine gute Vorbereitung ist wichtig, damit in Bern ein friedliches Fussballfest stattfinden kann. Die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten werden denn auch entsprechend umsichtig vorgenommen. Der Gemeinderat hat dazu Ende 2006 eine Gesamtkreditvorlage mit entsprechenden konzeptionellen Hinweisen zuhanden des Stadtrats verabschiedet.

Der Gemeinderat freut sich auf die EURO 2008. Er will ein unvergessliches, friedliches und stimmungsvolles Fest in der Stadt Bern. Der Gemeinderat wird darum alles daran setzen, dass die Besucherinnen und Besucher während der EURO 08 Bern als sichere Stadt mit einer grossartigen Atmosphäre erleben werden. Im Unterschied zu Deutschland wird die sichtbare Präsenz der Polizei schon deshalb wesentlich geringer ausfallen, weil in der Schweiz die Stärken der Korps wesentlich bescheidener sind. Darüber hinaus ist der Gemeinderat überzeugt, dass in erster Linie auf Prävention zu setzen ist, ohne dadurch auf repressive Mittel zu verzichten. Im Einzelnen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Wie eingangs erwähnt wird, will der Gemeinderat primär auf Prävention setzen. Die zwischen der Schweiz und Österreich koordinierten Sicherheitsdispositive sind noch nicht definitiv erarbeitet. Schon heute kann jedoch gesagt werden, dass in der Fanzone (obere Innenstadt) und in der Umgebung des Stadions eine grössere Anzahl an Fanbetreuerinnen und -betreuer eingesetzt werden sollen, die den Gästen in allen erdenklichen Situationen weiterhelfen, durch ihre Präsenz das Sicherheitsgefühl erhöhen und bei kleineren Streitigkeiten allenfalls auch schlichten sollen. Die Zusammenarbeit zwischen Fanbetreuung im weitesten Sinne und den Sicherheitsorganen soll eng ausgestaltet werden. Diesem Anliegen wird unter anderem dadurch Rechnung getragen, dass in der Organisationsstruktur der so genannten Fanzone die Anliegen dieser Fanbetreuung gleich gewichtet wird wie polizeiliche Sicherheitsanliegen.

Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Durchführung der Sicherheitsmassnahmen bei den Kantonen und den Austragungsorten. Auf Ebene der Austragungsorte existieren lokale Projektstrukturen. Die Umsetzung der sicherheitspolizeilichen Massnahmen obliegt abschliessend dem jeweiligen Polizeikommandanten. Als Grundlage des polizeilichen Handelns dient ein mit Österreich abgestimmtes Sicherheitskonzept, welches die Polizeitaktik explizit auf der 3-D-Philosophie – Dialog / Deeskalation / Durchgreifen – aufbaut. Für Situationen der Stufen Dialog und Deeskalation prüft die zuständige Arbeitseinheit „Sicherheit Schweiz UEFA EURO 2008“ den Einsatz speziell geschulter und gekennzeichnete Polizistinnen und Polizisten in so genannten „Anti-Konflikt-Teams“.

Zu Frage 2: Ja. Seit längerer Zeit bestehen enge Kontakte zu deutschen Städten, um den Zugang zu dem Wissen und den Erfahrungen aus der WM 06 sicherstellen zu können. Diese Kontakte werden weiterhin gepflegt und sind sehr nutzbringend für die Planung in der Stadt Bern. Die Erfahrungen in Deutschland waren auch deshalb so positiv, weil angefangen vom Erfolg der Deutschen Nationalmannschaft über die Gastfreundlichkeit der Organisatoren bis hin zum Wetter alles gestimmt hat.

Zu Frage 3: Zurzeit befinden sich die Arbeiten zur Fanbetreuung noch in der Konzeptionsphase. Vorgesehen ist der Einbezug von Fan-Fachleuten, von Teilen der Bevölkerung sowie der betroffenen Institutionen und Fachstellen. Die Fanbetreuung in Bern soll nicht nur für die Gäste, sondern auch für unsere eigene Bevölkerung zu einem unvergesslichen Erlebnis werden.

Zu Frage 4: Die Fachstellen für Fanarbeit sind wichtige Partner der Projektverantwortlichen für die Planung und Durchführung der EURO 2008 in Bern. Gute Verbindungen zu den Fanbetreuungs-Fachleuten bestehen seit einiger Zeit. Es ist die Absicht des Gemeinderats, sich wesentlich auf dieses wertvolle Fachwissen abzustützen.

Zu Frage 5: Der Gemeinderat ist bereit, einen solchen Schritt zu prüfen.

Bern, 17. Januar 2007

Die Interpellantin ist mit der Antwort des Gemeinderats **zufrieden**.

8 Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): „Die Schande von Basel“ darf sich in Bern nicht wiederholen!

Geschäftsnummer 06.000134 / 06/294

Was sich am Samstag dem 13. Mai 2006 im Basler St. Jakob-Stadion abspielte, wird in die Schweizer Sportgeschichte als die „Schande von Basel“ eingehen. Eigentlich hätte dieses Spiel als eines der sportlichen Highlights des Jahres mit „dem Finalmatch“ der Super League 05106 um den Meistertitel einen würdigen Abschluss geben sollen, aber es kam ganz anderes. Der Rest ist traurige Fussballgeschichte. Zurück blieben viele Verletzte, grosser Sachschaden und – für die „normalen“ Matchbesucher und Fernsehzuschauer – ein bitterer Nachgeschmack.

Einmal mehr wurde von einer Minderheit von vielleicht 300 bis 400 Randalierern den übrigen 32'000 friedlichen Matchbesuchern der Spass am Sport verdorben.

In Zukunft und mit Blick auf die EM 08 müssen solche Krawalle wie in Basel im Stade de Suisse Wankdorf unbedingt vermieden werden. Der Gemeinderat wird daher aufgefordert, folgende Massnahmen umzusetzen, wenn nötig bei Regierungs- und/oder Bundesrat vorstellig zu werden und sich mit den Betreibern des Wankdorfs zu besprechen.

1. Bei den Eingangskontrollen müssen zusätzlich Polizeihunde eingesetzt werden, welche die diversen Arten von Petarden „erschnüffeln“.
2. Krawallmacher müssen wie bei der Englischen Liga durch einen Richter vor Ort sofort verurteilt und danach des Stadions verwiesen werden.
3. Stadionverbote, egal ob für eine Saison oder lebenslang müssen Landesweit durchgesetzt werden.
4. Es müssen massive Geldbussen gegen Hooligans ausgesprochen werden.
5. Es muss eine 0.8 Promille-Grenze bei den Stadionbesuchern eingeführt werden.

Bern, 18. Mai 2006

Antwort des Gemeinderats

Auch der Gemeinderat ist der Auffassung, dass sich Ausschreitungen, wie am 13. Mai 2006 im Basler St.-Jakob-Stadion geschehen, im Stade de Suisse nicht wiederholen dürfen. Wie bereits in den Medien kommuniziert wurde, haben die Stadionbetreibenden aufgrund der Vorfälle in Basel – wo notwendig – ihre Sicherheitsmassnahmen im Stadion und für die Eintrittskontrollen bereits optimiert. Diese Optimierungen erfolgten in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei Bern.

Die Sicherheitsmassnahmen für die Spiele im Stade de Suisse Wankdorf während der EURO 08 werden durch die Stadionbetreibenden in enger Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen erarbeitet. Anpassungen werden je nach Match-Paarung und aufgrund der aktuellen Lagebeurteilung auch noch kurzfristig möglich sein.

Mit Blick auf die EURO 08 hält der Gemeinderat fest, dass die Zusammensetzung der Fans bzw. Matchbesucherinnen und –besucher an den Weltmeisterschafts- oder Europameisterschaftsturnieren mit derjenigen des (europäischen) Klubfussballs kaum vergleichbar ist. In aller Regel verlaufen grosse Turniere friedfertig und bergen ein kleineres Gewaltpotential, als dies im Klubfussball teilweise der Fall ist.

Zu den im Postulat aufgeführten Punkten kann der Gemeinderat wie folgt Stellung nehmen:

Zu Frage 1: Polizeihunde des allgemeinen Diensts sind für diese Art von Einsätzen nur für den Personenschutz einsetzbar. Speziell ausgebildete Sprengstoffspürhunde können bei der Suche nach Sprengstoff, jedoch nicht gegen Personen eingesetzt werden. Sprengstoffspürhunde werden nur für das Suchen im Gelände, in Objekten oder bei Gegenständen (zum Beispiel Taschen usw.) eingesetzt. Die für die EURO 08 beanspruchten Stadien werden grösstenteils ausverkauft sein. Eine Durchsuchung der mitgeführten Taschen und Rucksäcke mit Sprengstoffhunden ist aus zeitlichen Gründen nur punktuell umsetzbar.

Die Matchbesuchenden und ihre mitgeführten Taschen und Rucksäcke werden auch in Zukunft und während der EURO 08 bei der Zutrittskontrolle durch Personal des Stadion-Sicherheitsdiensts durchsucht.

Zu Frage 2: Für ein Vorgehen wie bei der Englischen Liga fehlen in der Schweiz die gesetzlichen Grundlagen. Es obliegt den Stadionverantwortlichen, als Hausrechtsvertretende, unerwünschte Personen aus dem Stadion zu weisen und diesen ein Stadionverbot aufzuerlegen. Verstösse gegen die Gesetzgebung können in bestimmten Fällen bereits heute durch die zuständigen richterlichen Behörden im Schnellverfahren beurteilt werden. Die Voraussetzungen für ein solches Vorgehen sind in der schweizerischen Gesetzgebung klar geregelt. In der Vergangenheit wurden zum Beispiel bei den Champions League-Spielen des FC Thun entsprechende Absprachen zwischen der Justiz und der Polizei getroffen.

Zu Frage 3: Das Durchsetzen von Stadionverboten liegt in der Zuständigkeit der Stadionverantwortlichen. Widerhandlungen gegen das Stadionverbot werden auf dem zivilrechtlichen Weg geahndet. Die von den Stadionverantwortlichen ausgesprochenen Stadionverbote gelten grundsätzlich für das Stadion, in welchem das Verbot ausgesprochen wurde. Personen, welche in einem Stadion mit einem Verbot belegt worden sind, werden dem schweizerischen Fussballverband gemeldet. Dieser kann anschliessend das Stadionverbot (grundsätzlich für maximal zwei Jahre) auf alle Stadien in der Schweiz ausweiten.

Zu Frage 4: Geldbussen bei strafbarem Verhalten werden durch die örtlich zuständige Justiz ausgesprochen.

Zu Frage 5: Das Einführen einer Promillegrenze oder eines gänzlichen Alkoholverbots obliegt grundsätzlich den Stadionbetreibenden. Bei UEFA- oder FIFA-Spielen treten diese Verbände als Veranstalter auf, weshalb bei solchen Spielen auch deren Richtlinien gelten. Bereits heute wird jedoch bei Risikospielen im und in unmittelbarer Nähe des Stadions kein Alkohol ausgeschenkt. Die Kontrolle eines Promillegrenzwerts wäre in der Praxis wohl kaum umsetzbar. Hingegen wird stark alkoholisierten Matchbesuchenden der Zutritt ins Stadion bereits heute verweigert.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 15. November 2006

Postulant *Peter Bühler* (SVP): Die Antwort des Gemeinderats ist enttäuschend, vor allem wegen der aufgeführten Punkte, die der Gemeinderat nicht einmal mit der Stade de Suisse AG diskutiert hat. Deutschland und England haben bewiesen, dass ein Einsatz mit zusätzlichen Polizeihunden bei der Eingangskontrolle gut funktioniert. Im Gesetz bedarf es dafür keiner Änderung, es wäre also durchführbar. Der Gemeinderat ist leider stur. Man müsste ausserdem beim Stadion zusätzliche Kontrollen machen, da die Wankdorf AG herausfand, dass Petarden teilweise schon Tage vorher hereingeschuggelt werden. Es ist kein schönes Erlebnis, wenn man unter Beschuss gerät. Es geht schnell, wie man am Beispiel Italien sieht. Die Ant-

wort zu Punkt 2 hat mich auch enttäuscht. Es ist aber verständlich, dass dies aufgrund des Gesetzes nur bedingt möglich ist. Die Betroffenen sollten aber unbedingt direkt vor Ort verurteilt werden. Mit einem Stadionverbot könnte der Gemeinderat Hand bieten. Diese Regel müsste dann landesweit durchgesetzt werden. Der Gemeinderat ist aufgefordert, diese Regel durchzusetzen. Die Antwort zu Punkt 4 ist auch enttäuschend. Auch dort müsste er durchgreifen. Hooligans sind ein Problem, da besteht Handlungsbedarf. Wenn beispielsweise die englischen und holländischen Fussballfans aufeinander treffen, kann es Probleme geben, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Zu Punkt 5: Da der Gemeinderat eine Promillegrenze ablehnt, hoffe ich, dass wenigstens der Stadtrat sie unterstützt. Es ist unser Ziel, dass sich „die Schande von Basel“ nicht in Bern wiederholt.

Beschluss

Das Postulat wird nicht überwiesen (16 Ja, 49 Nein).

- Traktandum 9 und Traktandum 10 werden gemeinsam behandelt. -

9 Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar/Urs Frieden, GB): Fussballfest statt Militärfestspiele: Keine Bewaffneten Armeeingehörigen an der EURO 08 in Bern!

Geschäftsnummer 06.000264 / 07/004

In den letzten Tagen ist eine grosse Verwirrung um einen möglichen Einsatz von Armeeingehörigen an der EURO 08 entstanden, vor allem bezüglich (Nicht-)Kommunikation durch die zuständigen Verantwortlichen in der Direktion SUE. Insbesondere herrscht Unklarheit darüber, für welche Aufgaben die Stadt Bern via Kanton beim Bund subsidiäre Armee-Einsätze für die EURO 08 beantragen will.

Das Grüne Bündnis lehnt grundsätzlich den Einsatz von jeglichen militärischen Ressourcen (sowohl von Armeematerial als auch von Angehörigen und Dienstleistungen der Armee) im Bereich der zivilen Sicherheit aus staatspolitischen Überlegungen ab. Konsequenterweise hat das Grüne Bündnis bereits mehrmals in diesem Sinne interveniert, letztmals mittels Motion (Motion Fraktion GB/JA! vom 6. April 2006), mit welcher ein Reglement verlangt wird, das den Einsatz von militärischen Ressourcen nur im Rahmen der in Art. 58 Abs. 2 der Bundesverfassung genannten Kriterien („schwerwiegende Bedrohung der inneren Sicherheit oder bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen“) auf dem Boden der Stadt Bern erlaubt.

Wie die Sonntagszeitung (SoZ) vom 27. August 2006 berichtet, hat der Gemeinderat ein Gesuch verabschiedet, das neben Dienstleistungen im logistischen Bereich auch Personenschutz und Objektschutz beantragt. Damit würde die Stadt Bern einen Tabubruch begehen und riskieren, dass Fussball-Fans in Kontakt mit bewaffneten Armeeingehörigen kämen. Nachdem der Gemeinderat während mehreren Tagen keine Stellungnahme zum Bericht der SoZ nehmen wollte, bestritt am Dienstag 29. August gemäss Berner Zeitung die Berner Polizeidirektorin, dass die Stadt Bern die „Armee im Bereich des Personenschutzes einzusetzen“ gedenke. Die Zeitung „Der Bund“ kommt in ihren Recherchen zum Schluss, dass in dem Gesuch wohl noch „ein Bock drin ist“ und gegenüber der Berner Zeitung vom 30. August wird die Direktorin der SUE dahingehend zitiert, als dass ihr Gesuch lediglich falsch interpretiert worden sei. Der Gemeinderat habe zu keinem Zeitpunkt erwogen, die Armee im Bereich des Personenschutzes einzusetzen, sondern lediglich für Logistik, Sicherheitswesen und Objektschutz. Was gilt nun?

Das Grüne Bündnis ist der Ansicht, dass die Öffentlichkeit zu so einem sensiblen Thema Anspruch auf klare und umfassende Information hat.

Wir fragen daher den Gemeinderat:

1. Ist ein entsprechendes Gesuch an das VBS via Kanton nun definitiv eingereicht worden und wenn Ja: Was genau beantragt der Gemeinderat im Detail bezüglich Armeeleistungen für die EURO 08?
2. Wie lautete der wörtliche Inhalt des Gesuches, welches offenbar div. Medien vorlag und zu den oben aufgeführten Berichten führte? Dazu als Präzisierung: Was versteht der Gemeinderat unter „Sicherheitswesen“ und wo sind die Unterschiede zwischen dem Gesuch, das den Medien vorliegt und zum tatsächlich eingereichten Gesuch an das VBS?
3. Kann der Gemeinderat hundertprozentig garantieren, dass an der EURO 08 weder bewaffnete Armeeangehörige noch Armeeangehörige mit polizeilichen Befugnissen zum Einsatz kommen?
4. Auf welchen Grundlagen (Abklärungen, Analysen) kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die zivilen Sicherheitskräfte die Sicherheit an der EURO 08 nur mit militärischer Hilfe sichern können?
5. Welche zivilen Alternativen zur Armee im Bereich der Sicherheit (weitere kantonale Polizeien für den Bereich Objektschutz) sind vorgängig abgeklärt worden und mit welchem Resultat?
6. Welche zivilen Alternativen zur Armee im logistischen Bereich – Zivilschutz, Zivildienst, freiwillige Feuerwehr, Sanitäts- und Samariterdienste etc. – sind geprüft worden und mit welchem Resultat?
7. War und ist das Vorgehen der Stadt Bern mit den Verantwortlichen der Kantonspolizei Bern, der Stadtpolizei Bern, den Host-Cities sowie dem nationalen Sicherheitskoordinator der EURO 08 (Martin Jäggi) abgesprochen und wenn Ja mit welchem Ergebnis? Wenn Nein, weshalb nicht?

Bern, 14. September 2006

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat will ein Fussballfest, das in guter Erinnerung bleiben wird. Dazu gehört nebst vielen anderen Massnahmen auch ein geeignetes Sicherheitskonzept. Klar ist dabei, dass die Sicherheitsmassnahmen verhältnismässig vorzusehen sind und die Sicherheit primär Aufgabe der zivilen Einheiten ist. Bezüglich des subsidiären Armeeeinsatzes ist sich der Gemeinderat seiner Verantwortung vollkommen bewusst, möchte jedoch die Unterstützung durch die Armee in noch zu definierenden Bereichen nicht bereits im Vorfeld ausschlagen. Zu den einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung.

Zu Frage 1: Der Gemeinderat bat mit Schreiben vom 30. August 2006 den Regierungsrat, das Gesuch an den Bundesrat weiterzuleiten. Diesem Anliegen entsprach der Regierungsrat und hat das Gesuch am 13. September 2006 an den Bundesrat weitergeleitet. Zum Inhalt des Ersuchens vgl. Antwort zu Frage 2.

Zu Frage 2: Das Schreiben an den Schweizerischen Bundesrat „Gesuch um Unterstützung der Austragungskantone durch einen Assistenzdiensteinsatz der Armee zugunsten der zivilen Einsatzkräfte im Rahmen der UEFA EURO 2008“ ist ein global formuliertes Ersuchen um Unterstützung, da zurzeit der Bedarf an Armeeleistungen noch nicht genau spezifiziert werden kann. Der Gemeinderat hat folgende subsidiäre Armeeeinsatzformen beantragt:

- Schutzaufgaben (temporärer Objektschutz zusätzlich zur ordentlichen Überwachung der Botschaften);
- Unterstützungsaufgaben in den Bereichen Logistik (z.B. Material, Fahrzeuge, Geräte), Führungsunterstützung, koordinierter Sanitätsdienst, Verkehrsleitmassnahmen;
- B- und C-Abwehr (Abwehrmassnahmen im Zusammenhang mit biologischen und chemischen Kampfstoffen);

- Unterstützung bei Geniearbeiten (Auf- und Abbauarbeiten);
- Überwachung des schweizerischen und, in Zusammenarbeit mit den Luftstreitkräften der Anrainerstaaten, des an die Schweiz grenzenden Luftraums;
- Überwachungsflüge, Luftaufklärung und Luftpolizeidienste bei eingeschränktem Luftverkehr;
- Lufttransporte;
- Bereitschaft zur Katastrophenhilfe.

Die im Mustergesuch erwähnte Rubrik – Eskorte und Personenschutzaufgaben – wurde im an den Regierungsrat weitergeleiteten Gesuch nicht aufgeführt. Der subsidiäre Sicherungseinsatz der Armee zugunsten des Kantons Bern soll längstens vom 2. bis 28. Juni 2008 dauern.

Zu Frage 3: Der Gemeinderat hat den Willen, die durch das Teilprojekt „Sicherheit UEFA EURO 2008“ von Bund, Kantonen und Städten definierten Safety and Security Grundlagen zu respektieren. Für den Einsatz der Armee gilt ausnahmslos das Prinzip der Subsidiarität. Das heisst, militärische Verbände können auf Verlangen der zivilen Behörden zum Einsatz gelangen, wenn in einer ausserordentlichen Lage die bereits im Einsatz stehenden Mittel aller Stufen weder personell, materiell noch zeitlich eine Situation, welche die Sicherheitslage akut gefährdet, zu meistern vermögen. Dabei liegt die Einsatzverantwortung auf der Seite der zivilen Behörden, die Führungsverantwortung auf der militärischen Seite. Es gelten die Bestimmungen gemäss Verordnung über die Polizeibefugnisse der Armee.

Die Armee leistet keinen Ordnungsdienst. Im direkten Umfeld der Stadien, an zentralen Orten in den Innenstädten sowie an Bahnhöfen und Flughäfen soll ein direkter Kontakt zwischen uniformierten Angehörigen der Armee sowie Besucherinnen und Besuchern der UEFA EURO 2008 vermieden werden.

Zu Frage 4: Das Teilprojekt „Sicherheit UEFA EURO 2008“ hat in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsverantwortlichen der Host Cities den Kräfteansatz insbesondere im Sicherheits-, Ordnungsdienst- und Kriminalpolizeibereich vorgenommen. Da die Auslosung der Spiele und somit die Klärung der Anzahl High- / Middle- oder Low-Risk-Spiele erst Ende 2007 stattfinden wird, mussten mit Erfahrungswerten UEFA EURO 2004 Portugal und FIFA WM 2006 Deutschland gearbeitet werden.

Zu Frage 5: Basierend auf den Zahlen aus der Kräfteansatzfestlegung und den personellen Möglichkeiten der Polizeikorps wird zurzeit ein IKAPOL-Einsatz geplant. Eine zusätzliche Unterstützung durch ausländische Polizeikräfte kann aufgrund einer negativen Entwicklung der Sicherheitslage oder aber wegen Personalknappheit seitens der Polizei nötig werden.

Die Stadioneigentümerinnen und -eigentümer und/oder die ein Stadion betreibenden Gesellschaften sind für die Sicherheit in den Stadien und innerhalb der Sicherheitsringe primär verantwortlich und treffen die Sicherheitsmassnahmen. Polizeiliche Sicherheitskräfte kommen erst bei einer Eskalation der Lage zum Einsatz (Second- und Last-Level-Operations).

Rund um Public-Viewing-Veranstaltungen sind Störungen der öffentlichen Sicherheit durch gewalttätige Auseinandersetzungen möglich. Bei der Bewilligung von Veranstaltungen durch Private müssen diese zwingend ein Sicherheitskonzept erstellen. Dabei muss die Sicherheit der Besuchenden in erster Priorität durch eine private Sicherheitsorganisation gewährleistet werden.

Zu Frage 6: Der Einsatz von Zivilschutz, freiwilligen Feuerwehren, Sanitäts- und Samariterdiensten ist in der Gesamtplanung vorgesehen. Diese vorgenannten Organisationen werden jedoch mehrheitlich die erhöhten Bedürfnisse der anderen Blaulichtorganisationen abdecken müssen.

Zu Frage 7: Beim vom Gemeinderat an den Kanton Bern zur Weiterleitung an den Bundesrat gerichteten Gesuch handelt es sich um ein „Mustergesuch Unterstützung zugunsten EURO 2008“, welches anlässlich einer Koordinationssitzung dem Projektleiter Host Cities abgegeben und durch den Stabschef Stab Sicherheit UEFA EURO 2008 an die Sicherheitsverantwortli-

chen der vier Austragungsorte verschickt wurde. Die Host Cities wurden aufgefordert, das Gesuch verzugslos zu erstellen und dem Bundesrat zuzustellen, da dieser über das Geschäft in einer der nächsten Bundesratssitzungen nach den Sommerferien entscheiden wolle. Die Planung der Sicherheitsmassnahmen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Projektleitung Host City Bern und der Kantonspolizei Bern. Zusätzlich werden Partnerorganisationen wie Sanitätspolizei Bern, Berufsfeuerwehr Bern, BERNMOBIL und Fernverkehr in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Bern, 10. Januar 2007

Interpellant von Traktandum 9 *Hasim Sancar* (GB): Unsere Fraktion lehnt aus staatspolitischen Überlegungen grundsätzlich den Einsatz jeglicher militärischer Ressourcen, das heisst Armeematerial, Personal- und Dienstleistung der Armee, im Bereich der zivilen Sicherheit ab. Das Militär hat bei der EURO 08 nichts zu suchen, weil sich ein solcher Einsatz der parlamentarischen Kontrolle entzieht. Wie unterdessen bekannt ist, lässt sich der Gemeinderat nun doch auf das Angebot der Armee ein und holt ihre Unterstützung. Dadurch unterstützt er auch die Legitimität der Armee, zivile Einsätze zu machen. Der Gemeinderat vermeidet klare Antworten auf unsere wie auch auf Daniele Jennis Interpellation. Obwohl die EURO 08 als Fussballfest gedacht ist, geben die Ausführungen des Gemeinderats auf Frage 2 eher das Bild eines Ausnahmezustandes wieder. Ich zitiere: „Der Gemeinderat hat folgende subsidiäre Armeeeinsatzformen beantragt: B- und C-Abwehr, Überwachungsflüge, Luftaufklärung, Lufttransporte sowie Bereitschaft zur Katastrophenhilfe.“ Es ist bekannt, dass auch mit Tageslicht- und Wärmekamera ausgerüstete Aufklärungsdrohnen und Super-Puma Helikopter zum Einsatz kommen werden. Auf die Frage 3 antwortet der Gemeinderat, dass kein Militär beim Ordnungsdienst eingesetzt wird. Das ist schon mal etwas. Ich möchte trotzdem folgende Tatsache noch einmal deutlich hervorheben: Bei der Frage, ob der Gemeinderat versichern kann, dass keine bewaffneten Armeeeingehörige mit Polizeibefugnissen zum Einsatz kommen, versteckt er sich hinter der Verordnung über die Polizeibefugnisse der Armee. Dort kommt klar zum Ausdruck, dass die Armee sogar von der Schusswaffe Gebrauch machen kann, insofern dies der Auftrag der Armee ist. Den Auftrag erteilen, wenn alles mit rechten Dingen zu- und hergeht, die zivilen Behörden. Deshalb ist die Frage noch einmal gestellt: Wird es bewaffnete Armeeeingehörige geben? Wenn Ja, in welchen Bereichen? Auch im Nationalrat wurden betreffend Armeeeinsätzen bei der EURO 08 Fragen gestellt. Auf die Frage, ob der Bundesrat versichern könne, dass keine bewaffneten Armeeeingehörigen zum Einsatz kommen und ein direkter Kontakt zwischen Armee und EURO 08-Besuchern und Besucherinnen ausgeschlossen werden könne, antwortete er mit Nein. Die Anwendung würde unter anderem nach den ausgearbeiteten Einsatz- und Verhaltensregeln der verantwortlichen zivilen Behörden erfolgen. Die Armee macht also das, was die Stadtregierungen verlangen. Im Weiteren schliesst der Bundesrat den Einsatz von bewaffneten Armeeeingehörigen nicht aus. Wenn der Gemeinderat nun behauptet, es gäbe eine Verordnung, die alles regle, dann weicht er dem Problem aus. Es ist nämlich der Gemeinderat, der bei der Armee Leistungen bestellt. Das heisst also auch, dass der Gemeinderat in der Lage ist, uns zu versichern, dass er weder Armeeeinsätze für den Ordnungsdienst bestellt, noch bewaffnete Armeeeingehörige eingesetzt werden. Eine weitere Unklarheit lässt aufhorchen: Einerseits sagt der Bundesrat in der erwähnten Antwort vom 22. November 2006, er könne nicht versichern, dass ein direkter Kontakt zwischen EURO 08-Besuchern und der Armee vermieden werden könne. Andererseits sagt der Gemeinderat, dass an zentralen Orten der Innenstadt, sowie an Bahnhöfen oder Flughäfen ein direkter Kontakt zwischen Armeeeingehörigen und Besuchern und Besucherinnen der EM vermieden werden solle. Was gilt nun? Ob sich die für die Austragungsorte vorgesehenen 15'000 Armeeeingehörigen ohne jeglichen Kontakt mit den Fans irgendwo verstecken können,

ist eine schwierige Frage. Wir bleiben wachsam. Die Anträge 2 und 3 der PdA werden bei unserer Fraktion Unterstützung finden.

Diskussion siehe Fraktionserklärungen zu Traktanden 9 und 10.

10 Interpellation Daniele Jenni (GPB): Bern: Die Militarisierung der Inneren Sicherheit geht weiter.

Geschäftsnummer 06.000265 / 07/007

Bereits anlässlich des 7. Antifaschistischen Abendspazierganges vom 1. April 2006 wurden unter der Verantwortung des Gemeinderates und der Direktion SUE in erhöhtem Ausmass Ressourcen der Armee in Anspruch genommen, namentlich Transportkapazität, Spezialfahrzeuge, Hubschrauber sowie Infrastruktur und Personal für Observationen.

Trotz der bereits damals auch in Zusammenhang mit meiner Interpellation vom 6. April 2006 im Stadtrat geäusserten Bedenken scheint der Gemeinderat nun unter reichlich unklaren Umständen um Armeeunterstützung für Sicherheitsaufgaben bis hin zum Personenschutz während der EURO 08 ersucht zu haben. Er erweckte dabei den Eindruck, weiter gegangen zu sein als die anderen Austragungsorte (Host Cities), die „nur“ logistische Unterstützung durch die Armee anforderten.

Aus den weithin unklaren Darstellungen des Gesamtprojektleiters EURO 08 und der Direktorin SUE soll dem Anschein nach hervor gehen, dass wegen eines grob gehaltenen, durch den Gemeinderat vom angeblich fehlerhaften Verwaltungsentwurf unbemerkt zum Beschluss erhobenen, provisorischen Globalgesuches der nicht gemeinte Eindruck eines über die anderen Austragungsorte (Host Cities) hinaus gehenden Unterstützungsbegehrens entstanden sei, wogegen in Wirklichkeit bloss ein allgemein formuliertes Gesuch, das einzig um Armeeunterstützung für Logistik, Sicherheitswesen und Objektschutz ohne Bevölkerungskontakt gebeten habe, dahin gehend missverstanden worden sei, dass es auch das Ansuchen um Unterstützung im Personenschutz enthalten habe.

Mit derartigen offensichtlich mehr oder weniger berechnet in Kauf genommenen, von welcher Seite auch immer ausgelöst, nahezu realistischen Verwirrspielen macht sich der Gemeinderat in politisch wenig verantwortlicher Art zum Verstärker der verfassungsrechtlich, staatspolitisch und sachlich so unhaltbaren wie gefährlichen Tendenz zur zunehmenden Vermischung ziviler und militärischer Bereiche im Rahmen der Inneren Sicherheit. Er verkennt auch, wie sehr der wachsende Zugriff der emsig nach einem Daseinsgrund suchenden Armee auf die Innere Sicherheit die Legitimation der zivilen Behörden auf diesem Gebiet untergräbt. Der Gemeinderat wird deshalb ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. a) Welche Beschlussentwürfe welchen Inhalts haben welche Verwaltungsabteilungen dem Gemeinderat in Sachen Armeeunterstützung für die EURO 08 in Bern unterbreitet?
- b) Haben der Beschlussentwurf oder die Beschlussentwürfe Veränderungen erfahren, und zwar welche, oder wurden er oder sie unverändert zum Beschluss oder zu Beschlüssen erhoben?
- c) Ersetzte der Gemeinderat Beschlüsse in dieser Sache durch anders lautende Beschlüsse, fasste er einen oder mehrere Beschlüsse und wie lauten die einzelnen Fassungen aller Beschlussentwürfe und Beschlüsse?
- d) Wie lässt es sich erklären, dass der Gemeinderat in einer politisch so wichtigen und umstrittenen Frage fehlerhafte Entwürfe angeblich unbesehen und unbemerkt zu Beschlüssen erhebt?

- e) Wie lauteten in dieser Sache die genauen Auskünfte der Direktorin SUE an die Medien und wie weit treffen sie zu?
2. Wie kommt die gegenwärtige Mehrheit des Gemeinderates dazu, die grosse politische und rechtliche Bedeutung dieser Frage derart zu verkennen und sich im Schlepptau der derzeitigen politischen Ausrichtung innerhalb der Direktion SUE zum Vorreiter der militärischen Einmischung in die Innere Sicherheit zu machen?
 3. Erfolgte das Ersuchen des Gemeinderates in Absprache mit den operativ verantwortlichen Stellen der Stadt- und Kantonspolizei, den anderen Austragungsorten (Host Cities) und dem Polizeibeamtenverband? Wenn Ja, was waren die Ergebnisse, und wenn Nein, warum nicht?
 4. Welche Abklärungen hat der Gemeinderat vorgenommen, um zum Schluss zu gelangen, dass die zivilen Kräfte (Polizei, Zivilschutz, Feuerwehr, Sanitätsdienst usw.) im Rahmen der EURO 08 tatsächlich nicht genügen? Was ergaben diese Abklärungen im Einzelnen?
 5. Wie will der Gemeinderat sicher stellen, dass Militärfunktionen wenn schon ohne polizeiliche Befugnisse, unbewaffnet und auch ohne Publikumskontakte tätig sein würden?
 6. Ist der Gemeinderat bereit, im Interesse einer klaren Aufteilung der Verantwortlichkeiten für eine Rückabwicklung dieser geplanten Vermischung von Armee und Polizei noch vor der EURO 08 zu sorgen?
 7. Will der Gemeinderat fortan der Wahrung zentraler staatspolitischer Interessen wie dem zivilen Charakter der Inneren Sicherheit das nötige Gewicht geben und darum auf die Anrufung militärischer Unterstützung in der Erfüllung von Sicherheitsaufgaben verzichten?
 8. Ist der Gemeinderat bereit, dafür einzutreten, dass dem Eindringen der Armee in den Polizeibereich auch im Rahmen von Police Bern ein Riegel geschoben wird?

Bern, 14. September 2006

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat will ein Fussballfest, das in guter Erinnerung bleiben wird. Dazu gehört nebst vielen anderen Massnahmen auch ein geeignetes Sicherheitskonzept. Klar ist dabei, dass die Sicherheitsmassnahmen verhältnismässig vorzusehen sind und die Sicherheit primär Aufgabe der zivilen Einheiten ist. Bezüglich des subsidiären Armeeeinsatzes ist sich der Gemeinderat seiner Verantwortung vollkommen bewusst, möchte jedoch die Unterstützung durch die Armee in noch zu definierenden Bereichen nicht bereits im Vorfeld ausschlagen.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie hat dem Gemeinderat ein „Muster-gesuch Unterstützung zugunsten EURO 2008“ unterbreitet, welches anlässlich einer Koordinationssitzung dem Projektleiter Host Cities abgegeben und durch den Stabschef Stab Sicherheit UEFA EURO 2008 an die Sicherheitsverantwortlichen der vier Austragungsorte verschickt wurde. Die Host Cities wurden aufgefordert, das Gesuch unverzüglich zu erstellen und dem Bundesrat zuzustellen, da dieser über das Geschäft in einer Bundesratssitzung nach den Sommerferien 2006 entscheiden wollte.

Beim Beschlussesentwurf des „Gesuchs um Unterstützung der Austragungskantone durch einen Assistenzdiensteinsatz der Armee zugunsten der zivilen Einsatzkräfte im Rahmen der UEFA EURO 2008“ an den Schweizerischen Bundesrat handelt es sich um ein global formuliertes Ersuchen um Unterstützung, da zurzeit ein allfälliger Bedarf an Armeeleistungen noch nicht genau spezifiziert werden kann. Der Gemeinderat hat folgende subsidiäre Armeeeinsatzformen beantragt:

- Schutzaufgaben (temporärer Objektschutz zusätzlich zur ordentlichen Überwachung der Botschaften);

- Unterstützungsaufgaben in den Bereichen Logistik (z.B. Material, Fahrzeuge, Geräte), Führungsunterstützung, koordinierter Sanitätsdienst, Verkehrsleitmassnahmen;
- B- und C-Abwehr (Abwehr von biologischen und chemischen Kampfstoffen);
- Unterstützung bei Geniearbeiten (Auf- und Abbauarbeiten);
- Überwachung des schweizerischen und, in Zusammenarbeit mit den Luftstreitkräften der Anrainerstaaten, des an die Schweiz grenzenden Luftraums;
- Überwachungsflüge, Luftaufklärung und Luftpolizeidienste bei eingeschränktem Luftverkehr;
- Lufttransporte;
- Bereitschaft zur Katastrophenhilfe.

Die im Mustergesuch erwähnte Rubrik „Eskorte und Personenschutzaufgaben“ wurde vom Gemeinderat im an den Regierungsrat weitergeleiteten Gesuch nicht aufgeführt. Der subsidiäre Sicherungseinsatz der Armee zugunsten des Kantons Bern soll längstens vom 2. bis 28. Juni 2008 dauern.

Zu Frage 2: Der Gemeinderat ist bestrebt, die durch das Teilprojekt „Sicherheit UEFA EURO 2008“ von Bund, Kantonen und Städten definierten Safety and Security Grundlagen zu respektieren. Für den Einsatz der Armee gilt ausnahmslos das Prinzip der Subsidiarität. Das heisst, militärische Verbände können auf Verlangen der zivilen Behörden zum Einsatz gelangen, wenn in einer ausserordentlichen Lage die bereits im Einsatz stehenden Mittel aller Stufen weder personell, materiell noch zeitlich eine Situation zu meistern vermögen. Dabei liegt die Einsatzverantwortung auf der Seite der zivilen Behörden, die Führungsverantwortung auf der militärischen Seite. Es gelten die Bestimmungen gemäss Verordnung vom 26. Oktober 1994 über die Polizeibefugnisse der Armee (SR 510.32).

Zu Frage 3: Die Planung der Sicherheitsmassnahmen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Projektleitung Host City Bern und der Kantonspolizei Bern. Zusätzlich werden Partnerorganisationen wie Sanitätspolizei Bern, Berufsfeuerwehr Bern, BERNMOBIL, Fernverkehr und ewb in die Entscheidungsfindung einbezogen. Gemeinsam werden Problemerkennung, Lagebeurteilungen, Sofortmassnahmen, Entschlussfassungen und Eventualplanungen vorgenommen. Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter Sektion Bern Stadt wurde bezüglich dem Globalgesuch an den Bundesrat nicht angefragt.

Zu Frage 4: Der Gemeinderat stützt sich auf die Abklärungen der nationalen Teilprojektleitung Sicherheit UEFA EURO 2008. Dieses Gremium hat in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsverantwortlichen der Host Cities den Kräfteansatz insbesondere im Sicherheits-, Ordnungsdienst- und Kriminalpolizeibereich vorgenommen. Da die Auslosung der Spiele und somit die Klärung der Anzahl High- / Middle- oder Low-Risk-Spiele erst Ende 2007 stattfinden wird, musste mit Erfahrungswerten UEFA EURO 2004 Portugal und FIFA WM 2006 Deutschland gearbeitet werden.

Basierend auf den Zahlen aus der Kräfteansatzfestlegung und den personellen Möglichkeiten der Polizeikorps wird zurzeit ein interkantonaler Polizeieinsatz (IKAPOL-Einsatz) geplant. Eine zusätzliche Unterstützung durch ausländische Polizeikräfte kann aufgrund einer negativen Entwicklung der Sicherheitslage oder aber wegen Personalknappheit seitens der Polizei nötig werden.

Zu Frage 5: Der Gemeinderat ist sich der politischen Tragweite eines allfälligen subsidiären Armeeeinsatzes anlässlich der EURO 08 vollumfänglich bewusst. Die Armee wird unter keinen Umständen einen Ordnungsdienst leisten. Allfällige Armeeeinsätze im Bereich des Botschaftsschutzes, der Genie- und Logistikunterstützung unterliegen der ausschliesslichen Einsatzverantwortung des Polizeikommandos.

Zu Frage 6: Nein. Siehe Antwort zu Fragen 2 bis 5.

Zu Frage 7: Der Gemeinderat kann auch in Zukunft im Zusammenhang mit ausserordentlichen Grossereignissen wie die EURO 08 sowohl personell als auch materiell auf die Unterstützung

der Polizei durch die Armee im Logistik- und Geniebereich angewiesen sein. Einen Einsatz der Armee im Bereich des Ordnungsdienstes lehnt der Gemeinderat jedoch entschieden ab.

Zu Frage 8: Nach der Umsetzung von Police Bern wird die operative Verantwortung für Aufgaben der Polizei vollumfänglich beim Kanton liegen. Der Gemeinderat wird keinen Einfluss darauf haben, ob und in welchem Umfang die Kantonspolizei die Armee unterstützend bezieht. Er wird sich

aber im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass dem Primat der Zuständigkeit ziviler Behörden für die innere Sicherheit Nachachtung verschafft wird.

Bern, 10. Januar 2007

- Auf Antrag der Interpellantin Traktandum 9 und des Interpellanten Traktandum 10 beschliesst der Rat Diskussion. -

Interpellant von Traktandum 10 *Daniele Jenni* (GPB): Das Gesuch betreffend den Armeeinsatz, mit dem der Gemeinderat an den Regierungsrat gelangte, war offensichtlich ein Verwirrspiel. Meine Interpellation verlangt eine Antwort. Seitens der Sicherheitsdirektion wurde dem Gemeinderat ein Gesuch unterbreitet. Der Gemeinderat hat dann in einer ersten Phase das Gesuch verabschiedet. Er hat dann aber gemerkt, dass dieses Gesuch im Bereich „Eskorte und Personenschutzaufgaben“ nicht vertretbar ist. Aufgrund dieser Tatsache hat er das Gesuch zurückgezogen. Der Gemeinderat hat die Frage nicht beantwortet. Unter diesen Umständen muss man sich halt selbst ein Bild der Vorgänge machen. Es ist offensichtlich, dass die Sicherheitsdirektion dieses Mustergesuch betreffend „Eskorte- und Personenschutzaufgaben“ für die Armee an den Regierungsrat eins zu eins übernommen hat. Dieses Gesuch wurde vom Gemeinderat in einer ersten Phase unkritisch beurteilt. Aufgrund von Interventionen verschiedener Leute und der Medien hat er das Gesuch korrigiert. Er hat also den Bereich „Eskorte- und Personenschutzaufgaben“ aus dem Gesuch an den Regierungsrat gestrichen. Wenn dem so ist, bedeutet dies, dass der Gemeinderat auf sehr unvorsichtige Art mit hochbrisanten politischen Entscheidungen umgeht. Es ist schon erstaunlich, in welcher Art eine Direktion dem Gemeinderat Dinge zu unterbreiten versucht, bei denen sie erst nachträglich merkt, dass sie politisch nicht mehrheitsfähig durchgesetzt werden können. Das Ergebnis ist zufriedenstellend. Der Gemeinderat hat klar gesagt, dass um „Eskorten- und Personenschutzaufgaben“ nicht nachgesucht wurde. Er hat auch klar gesagt, dass er einen Armeeinsatz im Bereich des Ordnungsdienstes entschieden ablehnt. Der Gemeinderat sagt aber gleichzeitig, dass er nach wie vor logistische und ressourcenorientierte Unterstützung der Armee verlangt, auch bei der EURO 08. Ich habe bereits bei andern Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass dies ein Mangel an politischer Sensibilität verrät. Wie und mit welchen Mitteln die Polizei ausgerüstet werden soll, ist keine technische oder wirtschaftliche Frage, die man aufgrund des Geldes entscheidet. Da die Anschaffung bestimmter Gerätschaften zu teuer ist, nimmt man sie lieber leihweise von der Armee. Ab und zu gibt es bestimmt auch mal was gratis. Dies ist eine politische Frage, wo das Gemeindewesen entscheiden muss, welche Mittel seine Polizei einsetzt. Und im Falle eines Erwerbs solcher Mittel hätte der Stadtrat und unter Umständen auch das Volk ein Mitspracherecht. Insofern sind die Beanspruchungen der Infrastruktur und Ressourcen der Armee eine hochpolitische Angelegenheit und ein sehr gefährlicher Trend. Es ist gefährlich, weil man so einen ersten Schritt macht. Wenn man diesen ersten Schritt einmal gemacht hat, gewöhnt man sich an den Einsatz der Ressourcen der Armee in der Sicherheitspolitik. Dann ist der Schritt nicht mehr gross, bis man beginnt, den Ordnungsdienst und den Personenschutz zu übertragen, wenn man das Gefühl hat, man habe nicht genug Ressourcen. Man kann mir entgegenhalten, dass vermutlich die Police Bern kommt. Bei der Police Bern hat der Gemeinderat kein Einfluss mehr darauf, ob und wie die

Kantonspolizei die Armee unterstützend beizieht. Das zeigt die grosse Gefahr der Police Bern: Man verliert den wesentlichen Einfluss bei der hochpolitischen Frage, welche Mittel die Polizei einsetzen darf. Der Gemeinderat kann gemäss der Abstimmungsbotschaft seinen Einfluss im Rahmen strategischer Anweisungen, die er der Kantonspolizei geben kann, geltend machen. Vorausgesetzt, er hat den politischen Willen dazu. Ich möchte dem Gemeinderat mitteilen, dass er Glück hatte, einer solchen Falle entgangen zu sein. Er hat sehr Unrecht, wenn er meint, es sei unproblematisch, Ressourcen der Armee zu beanspruchen. Ausserdem ist es mut- und fantasielos und verrät einen fehlenden politischen Willen, wenn man bereits im Voraus resigniert. Daher bin ich mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden. Der Gemeinderat hat zwar eine Klippe vermieden, aber er hat noch nichts getan, um in diesem Zusammenhang auf die Trennung zwischen Militär und innerer Sicherheit einzuwirken.

Fraktionserklärungen zu Traktanden 9 und 10

Erik Mozsa (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Der Einsatz militärischer Verbände bei zivilen Anlässen ruft tatsächlich böse Erinnerungen wach. Im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen im vergangenen Jahrhundert war das Militär immer wieder zur Stelle, wenn es darum ging, organisierte Proteste zu brechen. Kurz nach Ende des ersten Weltkrieges war es in der Schweiz der Landesstreik, als die zuständigen Behörden militärische Truppen eingesetzt haben. Das Gleiche geschah in Genf 1932, als 13 Tote zu beklagen waren. Dies sind sicher historische Ereignisse, aus denen wir lernen sollten. Wir teilen aus diesem Grund die Ansicht des GB, dass ein grossflächiger Armeeeinsatz bei der EURO 08 gefährlich wäre. Auch wir wollen die Sicherheit primär durch zivile Kräfte und die Polizei garantiert sehen. Allerdings lehnen wir Armeeeinsätze nicht, wie die Interpellanten, kategorisch ab. Die EURO 08 wird ein grosser Anlass werden. Zehntausende werden nach Bern reisen, um diesem kulturellen Anlass beizuwohnen. Der weitaus überwiegende Teil wird sicher mit guten Absichten kommen. Die Gefahr geht aber von gewissen Hooligans aus, die heute glücklicherweise mehrheitlich observiert und kontrolliert werden. Leider verstecken sie sich, wie wir es von anderen Anlässen kennen, häufig in der Masse, um aus ihr heraus Straftaten zu begehen. Zudem ist es leider nicht ganz abwegig, dass auch terroristische Aktivitäten erfolgen könnten. Schliesslich haben Terroristen bereits einmal einen Sportanlass, nämlich die Olympiade 1972 in München, für ihre verwerflichen Zwecke missbraucht und mehrere Athleten im Namen einer höheren Idee umgebracht. Seit dem 11. September 2001 ist diese Gefahr sicher nicht kleiner geworden. Es braucht also ein geeignetes und vielseitiges Sicherheitskonzept für die EURO 08. Aus diesem Grund teilen wir die Ansicht des Gemeinderats, dass militärische Kräfte nicht einfach a priori auszuschliessen sind. Wir wollen aber ganz klar eine Eingrenzung möglicher Einsätze mit klaren Vorgaben. Polizeiliche Aufgaben sollten Armeeingehörige tatsächlich nicht erfüllen. Dafür sind sie gar nicht oder viel zu schlecht ausgebildet. Wenn Hooligans toben, nützen Panzer nichts. Für uns sind aber Einsätze im logistischen Bereich und bei zusätzlichen Überwachungsdiensten, wie Luftraumüberwachung oder Gebäudesicherung durchaus denkbar. Die Armee darf also ausschliesslich subsidiäre Aufgaben übernehmen. Wir teilen auch die Idee des Gemeinderats, dass der direkte Kontakt zwischen Fussballfans und Militär vermieden werden soll. Dies wirkt bedrohlich und dadurch könnten sich unnötige Reaktionen freisetzen. Subsidiäre Aufgaben stellen aber keinen Tabubruch und keine Neuigkeit dar, wie dies von den Interpellanten geschildert wird. Bereits heute wird das Militär bei verschiedenen zivilen Anlässen im Hintergrund eingesetzt. Ein Fussballfest, wie die EURO 08 muss aber ganz klar Gastfreundschaft und Freude ausstrahlen. Bewaffnete Leute in Tarnanzügen vermitteln dies sicher nicht. Konstruktive Armeekritik ist sicher angebracht und notwendig, vor allem dann, wenn es darum geht, autoritäre Strukturen zu hinterfragen und wenn nötig aufzubrechen. Ein subsidiärer Einsatz an der EURO 08 ist für uns nicht Ausdruck einer militärischen Aufrüstung

oder gar der Anfang davon, eine Militärstadt zu werden. Wir werden die Sache aber beobachten und dem Gemeinderat auf die Finger schauen, falls die dargelegte Grenze für uns überschritten werden sollte.

Beat Schori (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Der Antrag von Daniele Jenni ist schlitzohrig. Er weiss genau, dass man die Sicherheit nur mit der subsidiären Hilfe der Armee garantieren kann. Nimmt man diese Hilfe nicht an, würde dies Unkosten in einer Höhe verursachen, die mit den rund 5,5 Mio. Franken bei weitem nicht gedeckt werden können. Aber Daniele Jenni bekämpft den Anlass und unternimmt auf allen Seiten das Nötige, damit der Anlass nicht durchgeführt werden kann. Wir teilen die Meinung, dass Militäreinsätze problematisch sein können, wie dies mein Vorredner gesagt hat. Das war aber schon immer so. Als die Armee in den vergangenen Jahren für subsidiäre Einsätze beigezogen wurde, war sie immer der Polizei unterstellt. Die Polizei hat die polizeilichen Aufgaben wahrgenommen. Es wird sicher nie so sein, dass die Armee eigenwillig Hooligans kontrolliert. Das ist eine typische Aufgabe der Polizei. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat darauf achtet, dass dies auch so bleibt. Wenn man verbieten würde, dass die Armee subsidiäre Aufgaben übernimmt, wäre die Polizei in der Schweiz wahrscheinlich überfordert. Vielleicht müsste man dann teure Polizeicorps aus dem Ausland einkaufen, beispielsweise aus Deutschland, Frankreich und Italien, damit auch alle Landessprachen vertreten sind. Ich bin froh, dass uns die Armee bei solchen Aufgaben unterstützt.

Der Interpellantin von Traktandum 9 ist mit der Antwort des Gemeinderats **nicht** zufrieden. Der Interpellant von Traktandum 10 ist mit der Antwort des Gemeinderats **nicht** zufrieden.

3 Fortsetzung: EURO 2008 Bern; Kredit

Daniele Jenni (GPB): Mein Antrag 6 ist identisch mit dem des Gemeinderats, **ich ziehe ihn zurück**. Zu Antrag 1: Er betrifft Punkt 2 des Gemeinderatsantrag, gleichzeitig aber auch Punkt 4, was eigentlich eher eine Folge davon ist. Es geht darum, dass rund 1,8 Mio. Franken, zum Betrag von 5,6 Mio. Franken dazugerechnet werden müssen, falls die Police Bern keine Zustimmung findet. Wir dürfen nicht vermuten, dass sie bei der kantonalen und städtischen Volksabstimmung im März und im November angenommen wird. Deshalb muss der Betrag von 1,8 Mio. Franken dazugerechnet werden. Wenn man einen Kredit korrekt berechnen will, muss man alles budgetieren, was überhaupt in Frage kommt. Sollte die Police Bern Zustimmung finden, was ich nicht hoffe, darf man die betreffenden 1,8 Mio. Franken nicht ausgeben. Ich beantrage Ihnen, die Gesamtsumme auf 7'365'000 Franken heraufzusetzen, damit auch dieser Betrag korrekt budgetiert ist. Man kann nicht mit Vermutungen, was das Volk wohl in Zukunft entscheiden wird, Budgets erstellen. Dies ist finanzrechtlich und finanzpolitisch nicht vertretbar. Zu Antrag 2: Dieser Antrag betrifft eine Reduktion um 1 Mio. Franken. Wenn man beachtet, welcher Betrag für Fanzonen budgetiert wird, stellt man fest, dass das Gesamtbudget der Stadt 3'845'000.00 Franken beträgt. Die Einnahmen der Fanzonen, also die Zahlungen der UEFA, sind 2,2 Mio. Franken. Also wird ersichtlich, dass die Stadt rund doppelt so viel für die Fanzone bezahlt, wie dies die UEFA tut. Die Fanzonen sind zu einem guten Teil für die UEFA reserviert. Auch sonst ist der Einfluss der UEFA in den Fanzonen gross. Es wäre also angebracht, dass man eine andere Verteilung macht. Die Stadt soll 1 Mio. Franken weniger an die Fanzone bezahlen, und dafür muss sie mit der UEFA verhandeln. Das war der Vorwurf, den ich beim Eintreten gemacht habe. Es wurde trotz allen Lobs und Selbstlobs schlecht mit der UEFA verhandelt. Es wurden keine geschickten Verhandlungen geführt. Dies

würde dann bedeuten, dass die Stadt 2,8 Mio. Franken und die UEFA 3,2 Mio. Franken bezahlen. Zu Antrag 3: Dieser Antrag soll sicherstellen, dass der Betrag, den wir beschliessen, endgültig und definitiv ist. Beispielsweise darf der budgetierte Betrag von 5,6 Mio. Franken unter keinen Umständen überschritten werden. Ausserdem sind keine Nachkredite zulässig. Der Gemeinderat kann uns leider nicht garantieren, dass es bei dem budgetierten Betrag von 5,6 Mio. Franken bleibt. Es ist zu befürchten, dass es Mehrausgaben gibt. Insofern ist diese Volksabstimmung verfälscht. Man weiss einfach nicht, inwiefern man sich verpflichtet. Es wäre auch selbstverständlich, dass direktionsintern kompensiert wird. Es ist nicht zulässig, dass man bei der Kompensation andere, vom Stadtrat genehmigte Dienstleistungen einfach kürzt. Zu Antrag 4 und 5: Sämtliche Kosten für die Sicherheit inklusive Überwachung der Public-Viewing-Bereiche sind der UEFA zu belasten. Diese Bereiche stehen der UEFA praktisch exklusiv zur Verfügung, dort dürfen nämlich nur die UEFA und ihre Sponsoren Werbung machen. Die Bereiche werden kontrolliert, den grossen Auftritt hat die UEFA. Ich sehe nicht ein, weshalb die Stadt der UEFA die Sicherheitskosten für einen Bereich bezahlt, der ihr exklusiv zur Verfügung steht. Vor allem, wenn man bedenkt, welcher beachtlichen Gewinn die UEFA machen wird. Antrag 5: Die vorgesehen öffentlichen Public-Viewing-Bereiche beim Waisenhausplatz und Bundesplatz sollen die einzigen sein, die gegen aussen abgeriegelt und kontrolliert werden. Es werden Leute kontrolliert, die die Filmvorstellungen sehen wollen. Es geht nicht an, dass man, wie dies in der Botschaft bereits zu lesen ist, mit einem dritten Public-Viewing-Bereich liebäugelt, ohne diesen konkret zu definieren. Es geht auch nicht an, dass man Public-Viewing-Bereiche über die Definitionen in der Botschaft ausdehnt. Zulassungsbeschränkungen, Absperrungen, Gebühren sowie Eingangskontrollen, aber auch besondere Werbe- und Gewerbebeschränkungen sind nur in den Public-Viewing-Bereichen Bundes- und Waisenhausplatz zulässig. Es darf nicht sein, dass die EURO 08 zu einem Zeichen der weiteren Privatisierung des öffentlichen Raums zu Gunsten einzelner Konzerne und zu kommerzieller Nutzung wird. Ich beende meine Begründung und möchte noch in Erinnerung rufen, was der Stadtpräsident an der letzten Sitzung sagte: Der Gemeinderat schlage vor, eine obligatorische Abstimmung durchzuführen, weil man sonst bis im November keinen Rappen ausgeben könne. Ich behafte den Gemeinderat darauf. Wenn die Volksabstimmung aufgrund dieser Vorlage am 17. Juni 2007 stattfindet, und wenn sie auch im Stadtrat so verabschiedet wird, darf bis dahin kein Rappen ausgegeben werden

Beschlüsse

1. Der Antrag 1a Jenni wird abgelehnt (4 Ja, 60 Nein, 2 Enthaltungen). Antrag 1b wird damit hinfällig.
2. Der Antrag 2 Jenni wird abgelehnt (3 Ja, 63 Nein).
3. Der Antrag 3 Jenni wird abgelehnt (3 Ja, 59 Nein, 4 Enthaltungen).
4. Der Antrag 4 Jenni wird abgelehnt (4 Ja, 59 Nein, 3 Enthaltungen).
5. Der Antrag 5 Jenni wird abgelehnt (3 Ja, 59 Nein, 4 Enthaltungen).
6. Der Antrag 1 Zbinden wird abgelehnt (3 Ja, 61 Nein, 2 Enthaltungen).
7. Der Antrag 2 Zbinden, wird abgelehnt (10 Ja, 49 Nein, 5 Enthaltungen).
8. Der Antrag 3 Zbinden wird abgelehnt (8 Ja, 53 Nein, 5 Enthaltungen).
9. Der Antrag GB/JA! neuer Punkt 6 a, b, c wird angenommen (41 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen).
10. Der Gemeinderatsantrag zu Punkt 2 und 3 wird angenommen (59 Ja, 3 Nein, 4 Enthaltungen).
11. Der Gemeinderatsantrag zu Punkt 4 wird einstimmig angenommen (66 Ja, 0 Nein).
12. Der Gemeinderatsantrag zu Punkt 5 wird stillschweigen angenommen.

Der Beschluss lautet:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend EURO 2008 Bern; Kredit.
2. Er bewilligt für die Durchführung der EURO 2008 in der Stadt Bern Kredite von insgesamt Fr. 5 565 000.00, und zwar wie folgt:
 - a) als Nachkredit von Fr. 1 463 000.00 zulasten des Produktegruppen-Budgets 2007; dementsprechend wird der Globalkredit der Direktionsstabsdienste Präsidialdirektion (100) auf Fr. 4 826 802.21 erhöht;
 - b) als Verpflichtungskredit von Fr. 4 102 000.00 zulasten des Produktegruppen-Budgets 2008 (100 Direktionsstabsdienste der Präsidialdirektion).
3. Allfällige Mehreinnahmen sind der Laufenden Rechnung gutzuschreiben, sofern nicht unabdingbare Mehraufwendungen ausgewiesen werden können.
4. Der Stadtrat beschliesst, die Kreditvorlage gestützt auf Artikel 46 GO den Stimmberechtigten zum Entscheid vorzulegen.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
6.
 - a. Der Gemeinderat erstattet dem Stadtrat mindestens halbjährlich Bericht über den Stand des Projekts EURO 2008 (im Herbst 07, im Frühling 08 und nach Abschluss im Herbst 08).
 - b. Insbesondere berichtet der Gemeinderat über die Einhaltung des Budgets, über neue Verhandlungsergebnisse mit Partnern (z.B. SFV), über die Konzeptentwicklungen (z.B. Nachhaltigkeit, Freiwilligenarbeit, Fan-Konzept, Verkehrskonzept) und über den Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Verkehr.
 - c. Die zuständige Stadtratskommission SBK wird vorbereitend in die Berichterstattung einbezogen.

11 Kleine Anfrage Fraktion SVP/JSVP (Stefan Bärtschi, SVP): Ein Trottoir, das ins Nichts führt?

Geschäftsnummer 07.000019 / 07/003

Bei einem Spaziergang durch Bümpliz Richtung Holiebi, steht man, wann man rechts beim Kreisel zwischen Hallmatt und Morgenstrasse auf dem Trottoir Richtung Freiburgstrasse heruntergeht, auf einmal am Ende des Gehwegs für Fussgänger. Vorher weist kein Signal oder sonst etwas auf dieses abrupte Ende des Trottoirs hin. Erst am Ende des Fussweges ist eine Gitterabschränkung angebracht, welche mit dem Hinweis, dieses Trottoir ende hier und gehe auf der gegenüberliegenden Seite weiter, versehen ist.

Einmal mehr beweist der Gemeinderat mit einem solchen Schildbürgerstreich, wie ernst die Verkehrssituation in der Stadt Bern ist. Solcher Blödsinn muss vermieden werden. Planungsfehler dieser Art sind vor allem für Kinder und betagte Menschen gefährlich.

Aus der oben geschilderten Situation ergeben sich folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Ist dem Gemeinderat die geschilderte Situation bekannt?
2. Wie kann es zu solchen Fehlplanungen kommen?
3. Ist dem Gemeinderat bewusst, wie gefährlich so eine Fehlplanung für Kinder und ältere Menschen werden kann?
4. Was geschieht nun mit dem Trottoir, das ins Nichts führt?
5. Was wird der Gemeinderat zukünftig unternehmen, damit solche Fehlplanungen nicht mehr geschehen?

Bern, 11. Januar 2007

Direktorin *Barbara Hayoz* FPI beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Hallmattstrasse ist eine Kantonsstrasse und wurde 2006 umgestaltet, hauptsächlich um die Erschliessung der angrenzenden Entwicklungsgebiete in Köniz und Bern zu verbessern. Das Projekt wurde vom Kantonalen Tiefbauamt in Zusammenarbeit mit der Stadt erarbeitet. Der Bau ist fast fertig. Ausstehend sind noch einige Abschlussarbeiten (z.B. definitive Signalisierung).

An der Hallmattstrasse zwischen Freiburg- und Morgenstrasse wurde basierend auf dem Angebotskonzept ÖV Bern West bereits in beiden Fahrtrichtungen eine Bushaltestelle mit Halteperron erstellt. Sie wird in Betrieb genommen werden, sobald die neue Buslinie Niederwangen – Ausserholligen verkehren wird (voraussichtlich im Dezember 2008). Visuell erscheint die gebaute Anlage als Trottoir, das gemäss Kleiner Anfrage „ins Nichts führt“. Sie dient aber einzig und allein als Haltestelle und der Umsteigemöglichkeit zwischen der neuen Buslinie und der Buslinie 27. An den Enden der beiden Haltestellenperrons wurde ein Geländer montiert, das die zu Fuss gehenden vom Weitergehen abhalten soll. Diese beiden Geländer wurden jedoch nach kurzer Zeit entwendet.

Auf der Ostseite der Hallmattstrasse besteht ein durchgehender Fussweg Richtung Freiburgstrasse/Hohliebi. Südlich der Eisenbahn können die Freiburgstrasse und die Hallmattstrasse mit einer Brücke überquert werden. An diesen durchgehenden Fusswegbeziehungen wurde aus Kosten-Nutzen-Überlegungen nichts geändert.

Der Bau eines Trottoirs an der Hallmattstrasse zwischen Morgenstrasse und Freiburgstrasse (in der Fortsetzung der neuen Bushaltestelle) hätte einen Neubau der Eisenbahnbrücke bedingt. Da die Nachfrage für eine solche Trottoirverbindung auch in Zukunft verhältnismässig gering sein dürfte, steht ein allfälliger Nutzen in keinem Verhältnis zu den entsprechenden Kosten. Das Gebiet Hohliebi ist zudem durch zwei Bushaltestellen gut erschlossen, und an der Freiburgstrasse Richtung Ausserholligen werden mehrere Bushaltestellen geschaffen werden.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1: Der Gemeinderat hat von der Situation Kenntnis genommen.

Zu Frage 2: Wie oben dargestellt, handelt es sich nicht um eine Fehlplanung.

Zu Frage 3: Die Situation ist vergleichsweise übersichtlich. Schon vom Kreisel Hallmattstrasse / Morgenstrasse aus ist sichtbar, dass die beiden Haltestellenperrons Richtung Hohliebi nach ungefähr 40 Meter enden.

Zu Frage 4: Am Ende der beiden Haltestellenperrons werden die Geländer demnächst wieder montiert. Sie sollen die zu Fuss gehenden vom Weitergehen abhalten. Auf weitere Massnahmen wird verzichtet (siehe oben stehende Antwort).

Zu Frage 5: Wie oben dargestellt, handelt es sich nicht um eine Fehlplanung. Entsprechend sieht der Gemeinderat keinen besonderen Handlungsbedarf.

Stefan Bärtschi (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die kompetente Antwort.

- Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten. -

Eingänge

Es werden sechs Postulate und zwei Interpellationen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Aktiv gegen Gewalt!

Die neueste Kriminalstatistik zeigt neben einer allgemeinen Abnahme von Delikten eine Zunahme bei der häuslichen Gewalt, der Gewalt bei Sportanlässen und Gewaltdelikten bei Jugendlichen. Es besteht auch die Behauptung, welche allerdings mangels statistischer Unterlagen nicht bewiesen werden kann, dass besonders oft Personen mit einem Migrationshintergrund daran beteiligt seien. Klar scheint allerdings, dass Gewalt unter und von Jugendlichen immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem wird. Es scheint auch, dass verschiedene AkteureInnen in ihrem Umfeld von dieser Art Gewalt überfordert sind, insbesondere Eltern, die Schule, aber auch die Polizei.

Nur repressive Massnahmen können kein probates Mittel zur Bekämpfung der Gewalt sein. Es braucht dringend präventive Massnahmen zusammen mit einem klaren Bekenntnis aller Stellen gegen jede Form von Gewalt im Alltag und zu Hause (NullToleranz). Für viele muss zuerst einmal eine Vertrauensbasis mit einer positiven Perspektive für ihre Zukunft aufgebaut werden. Dazu gehören neben gezielten Integrationsmassnahmen (Sprache, Bildung, Bewältigung des Alltags) auch die Chancengleichheit für alle sowie geeignete Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Daneben muss auch klar gemacht werden, dass unsere Rechtsordnung und die Einhaltung der Rechte und Pflichten die absolute Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben bilden.

Wir bitten den Gemeinderat folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Statistik: Differenzierte statistische Erhebungen im Bereich von Jugendgewalt, Gewalt bei Sportanlässen und häuslicher Gewalt, welche besondere Risikogruppen erkennen lassen und die Basis für differenzierte Massnahmen bilden können.
2. Eltern-Empowerment: Vermehrte Information, Begleit- und Bildungsmassnahmen für Eltern, welche ihnen ermöglichen das Potential an häuslicher Gewalt abzubauen, einen vertrauensvollen Umgang mit ihren Söhnen und Töchtern zu finden, ihnen klare Grenzen zu setzen, auf die Einhaltung der Schweizer Gesetze zu drängen sowie keine Form von Gewalt zu dulden.
3. Männerprojekte: Mit jungen Männern sollen Strategien zur Konfliktlösung ohne Gewalt, zum gewaltlosen Umgang mit Differenzen zu ihren Eltern sowie zu einem friedvollen Zusammenleben in der Schule, im Sportverein und im Alltag entwickelt werden. Basis dafür soll die Entwicklung einer positiven Lebensperspektive sein.
4. Kindergärten, Schulen, Sportvereine und Jugendtreffs: Präventionsprogramme entwickeln anhand der festgestellten Gewaltpotentiale für einen vertrauensvollen friedlichen Umgang im Alltag. Insbesondere soll Gewicht auf Konfliktlösungsstrategien ohne VerliererInnen gelegt werden. Null-Toleranz gegenüber Gewalt überall und in jeder Form!
5. Polizei: Direktionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendamt, Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Schulamt und Koordinationsstelle für Integration (ev. auch weitere) zur Entwicklung von Massnahmen zur Verhinderung von Jugendgewalt, Gewalt an Sportanlässen und häuslicher Gewalt.

Bern, 15. Februar 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP), Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Andreas Zysset, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Michael Aebersold, Thomas Göttin, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Christof Berger, Stefan Jordi, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Ursula Marti, Sarah Kämpf, Beni Hirt, Gisela Vollmer, Raymond Anliker, Patrizia Mordini

Postulat Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Townhouses in Bern – kleine Parzellen für kleine Investoren

Ausgangslage

Trotz grosser Bemühungen herrscht in Bern noch immer ‚Wohnungsnot‘, denn bei einem Leerwohnungsbestand von 0.5% kann keine Rede von einem funktionierenden Wohnungsmarkt sein.

Probleme

Kostengünstiger Wohnungsbau scheitert oft am teuren Land.

Die Stadt kann jedoch bei ihrem Land den Wohnungsbau über den Baurechtszins (Landpreis) fördern. Bei grösseren Parzellen (z.B. Schlachthofareal, Viererfeld, Schönberg Ost oder Brünnen) wird oft lange nach grossen Investoren gesucht, die dann eine Grossüberbauung realisieren. Dabei wären mit kleinen Parzellen schnelles bauen und direkte Förderung möglich. Dafür könnten sich 2-4 Familien/Einzelne zusammenschliessen und bauen. Die Beispiele Freiburg i.B., Berlin und Amsterdam zeigen, dass dies möglich ist.

Einfache Vorgaben

Damit der Wohnbaufonds das Land der verschiedenen Gebiete an kleine Investoren abgeben kann, sind lediglich Vorgaben zum Städtebau (z.B. geschlossene Bauweise, Nutzung, Gebäudelänge, Gebäudebreite, Gebäudehöhe, Farbgebung) erforderlich, auf SIA-Wettbewerbe kann verzichtet werden. Die unten aufgezeigten Beispiele gehen von einer 3-5 Geschossigkeit, einer Gebäudebreite von 5.00 m-6.50 m, einer Gebäudetiefe von 15 m-35 m und einem Wohnteil von 60% bis 100% aus.

Antrag an den Gemeinderat

Townhouses sind homogen, vielfältig und individuell und entsprechen damit den Bedürfnissen eines urbanen Personenkreises. Sie entstehen in der Regel auf bisher nicht oder anders genutzten Flächen.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, für die Erhöhung des Wohnungsanteil in Bern, insbesondere für Brünnen und für das Schlachthofareal, im Hinblick auf eine gute Durchmischung, die Idee der Townhouses weiter zu verfolgen und möglichst schnell umzusetzen.

Bern, 15. Februar 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP), Ursula Marti, Beni Hirt, Sarah Kämpf, Stefan Jordi, Giovanna Battagliero, Michael Aebersold, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Miriam Schwarz, Patrizia Mordini, Andreas Zysset

Postulat Fraktion SP/JUSO (Thomas Göttin/Michael Aebersold, SP): Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität im Ostring dank Überdeckung der A6

Die Autobahn A6 belastet seit über 30 Jahren die Wohnquartiere im Bereich Ostring/Freudenbergerplatz massiv und in zunehmendem Masse:

- Täglich fahren über 70'000 Autos auf der Autobahn direkt durchs Quartier. Die Tendenz ist steigend.
- Die Luftbelastung (Feinstaub) und Lärmbelastung überschreitet mitten im Wohnquartier die zulässigen Grenzwerte oft um ein Vielfaches.

- Der Charakter des Quartiers wird mit der sicht- und hörbaren Trennung durch die Autobahn stark beeinträchtigt.

Die SP der Stadt Bern hat deshalb schon im Dezember 2003 in ihrem Mitwirkungsbeitrag zur Mobilitätsstrategie Region Bern gefordert es sei zu prüfen, welche Kosten eine vollständige resp. teilweise Abdeckung oder Tieferlegung und Abdeckung der bestehenden Autobahn verursachen würde. Dieses Anliegen wird von breiten Teilen der betroffenen Bevölkerung unterstützt. Weit über tausend Personen haben nun eine Petition unterschrieben, welche eine Überdeckung der Autobahn im Bereich Ostring/Freudenbergerplatz fordert. Ähnliche Überdeckungen/Einhausungen werden derzeit in andern stark belasteten Wohnquartieren realisiert (Chiasso, Neuenburg, Schwamendingen). In der Volksabstimmung in Zürich hat die Einhausung der Autobahn eine rekordhohe Zustimmung von 89% der Stimmberechtigten erreicht. Auch die Stadt Bern hat bewiesen, dass sie Quartiere wie Brünnen (Überdeckung der Autobahn) und Länggasse (Neufeld-Tunnel) wirkungsvoll zu entlasten bereit ist. Eine solche Massnahme hat das Ziel, die betroffenen Quartiere wirkungsvoll zu entlasten und zu einer Aufwertung der Wohnqualität beizutragen. Der Osten von Bern benötigt endlich eine Aufwertung.

Wir bitten den Gemeinderat, die technischen, finanziellen und politischen Voraussetzungen und die sich daraus ergebenden Vorteile aufgrund der Überdeckung der Autobahn im Bereich Ostring/Freudenbergerplatz zu prüfen und dem Stadtrat Bericht zu erstatten. Im Bericht sind insbesondere darzulegen:

1. Die Erfahrungen aus ähnlichen, bereits realisierten Projekten;
2. Die heutige Luft- und Lärmbelastung für die Anwohnenden;
3. Das Aufwertungspotential für bestehenden Wohnraum sowie für neue Überbauungen (insbesondere Schönberg Ost, Hintere Schosshalde);
4. Die Finanzierung unter Berücksichtigung einer Mehrwertabschöpfung sowie einer Zusammenarbeit mit Investoren wie z.B. in Brünnen.

Bern, 15. Februar 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Thomas Göttin/Michael Aebersold, SP), Beat Zobrist, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Giovanna Battaglio, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Christof Berger, Andreas Zysset

Postulat Susanne Elsener (GFL): Evaluationsbericht bezüglich der Nachhaltigkeit der EURO 08 im Bezug auf den Gemeinderats-Vortrag

Die vom Gemeinderat im Vortrag zur EURO 08 vorgestellten Massnahmen zur Nachhaltigkeit der Spiele sind interessant, löblich, für Sportveranstaltungen wegweisend und damit sicher auch anregend für nachkommende Veranstalter.

Aber auch für die BernerInnen ist es sicher von Interesse, in wie weit die Nachhaltigkeitsziele, die der Gemeinderat gesetzt hat erreicht worden sind - wie Nachhaltig die Spiele also wirklich waren.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, die im Vortrag zur EURO 08 unter dem Punkt Nachhaltigkeit subsumierten Ziele zwei Jahre nach der Austragung der Europameisterschaft auf ihre Zielerreichung (bzw. ihre wahre Nachhaltigkeit) hin zu überprüfen und dem Stadtrat und der Öffentlichkeit im Jahre 2010 einen Bericht über die Nachhaltigkeit der EURO 08 zu präsentieren.

Der Einbezug von Studierenden der Uni Bern zur Evaluation wäre wünschenswert.

Bern, 15. Februar 2007

Postulat Susanne Elsener (GFL), Nadia Omar, Ueli Stüchelberger, Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Peter Künzler, Erik Mozsa, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel

Postulat Daniel Lerch (CVP): Lärmschutz fürs Acherli

Nachdem die Überbauungsordnung für das Acherli vom Volk angenommen wurde können dort Wohnhäuser gebaut werden.

Das Ziel ist, erschwingliche Wohnungen für Familien zu erstellen. Das bedeutet, dort werden hoffentlich Kinder im Freien spielen. Diese Zone ist ES 2 eingestuft. Gemäss Auskunft gelten diese Werte aber nur für Innenwohnräume. Die Kinder treffen sich und spielen miteinander aber vor allem im Freien und sind so dem Autobahnlärm ausgesetzt vor allem, weil der Spielplatz nahe der Autobahn ist. Es mag sein, dass für die Planer der Gedanke mitgespielt hat: Kinder machen Lärm an der Autobahn stört dieser keine Bewohner.

Wir sind aber davon überzeugt, dass Kinder die dauernd dem Lärm ausgesetzt sind gesundheitlich und psychisch geschädigt werden. Darum unsere Aufforderung an den Gemeinderat zu prüfen:

1. Auch Lärmschutzmassnahmen für den Aussenraum zu planen, zum Beispiel als begrünter Damm aus dem Aushubmaterial der genügend lang ist und mind. 3m hoch.
2. Die zusätzlichen Kosten könnten aus der Mehrwertabschöpfung und oder aus dem Fond für Wohnumfeldverbesserung LA 21 finanziert werden.

In Brünnen war die Überdeckung der Autobahn die Voraussetzung um Wohnen für gehobene Ansprüche zu erstellen. Erst mit der Vorfinanzierung des Tunnels durch die Migros wurde der Weg für diesen Wohnstandard frei.

Die Gäbelbachsiedlung wird mit einer bis 10m hohen Schallschutzwand vor dem zunehmenden Verkehr geschützt, obwohl die Autobahn dort noch überdeckt ist

Für uns haben die Kinder aus weniger begüterten Familien auch Recht auf gesunde Spielräume. Ein ungeschützter Spielplatz an der Autobahn steht zu den Massnahmen in Brünnen im Widerspruch.

Bern, 15. Februar 2007

Postulat Daniel Lerch (CVP), Edith Leibundgut, Beat Gubser

Postulat Ernst Stauffer (ARP): Autobahn A 6 im Bereich Ostring-Freudenbergerplatz – Überdeckung

Ungeschützt sind die Anwohner den Immissionen durch die Autobahn A 6 ausgesetzt. Verkehrslärm, Feinstaub und Abgase von täglich mehr als 60 000 Fahrzeugen belasten das Quartier in einer Weise, die nicht mehr akzeptiert werden kann, schreibt die Interessengemeinschaft Quartierschutz Ostring A 6.

Ich bitte deshalb den Gemeinderat:

1. Bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden und eine Überdeckung der A 6 im Bereich Ostring-Freudenbergerplatz zu beantragen.
2. Abzuklären, ob sich auf der gewonnenen Fläche Wohnraum, Grünflächen oder Parkplätze realisieren lassen.

Bern, 15. Februar 2007

Postulat Ernst Stauffer (ARP)

Interpellation Fraktion GFL/EVP (Peter Künzler, GFL/Martin Trachsel, EVP): Police Bern: Verwendung der Synergiegewinne

Die Verwendung der Synergiegewinne, die im Rahmen von „Police Bern“ erwartet werden, ist zurzeit kontrovers. Zur Diskussion steht einerseits die Einverleibung des gesamten Betrags in die laufende Rechnung und andererseits eine teilweise Verwendung der Gelder zugunsten vermehrter Polizeiaktivitäten.

Die Fraktion GFL/EVP ist der Meinung, dass dieser Betrag nicht ausschliesslich der laufenden Rechnung einverleibt werden soll. Vielmehr sollte ein massgeblicher Teil dieser Gelder zugunsten der Sicherheit in der Stadt Bern eingesetzt werden.

Statt zusätzliche Polizeileistungen vom Kanton einzukaufen, sollten diese zusätzlichen Leistungen direkt durch die Stadt erbracht werden. Im Vordergrund steht zur Zeit eine Verwendung der Mittel zugunsten eines räumlich oder zeitlich erweiterten Einsatzes von PINTO. Die Tätigkeit von PINTO trägt direkt dazu bei, die Belastungen der Polizei wirksam zu vermindern. Je nach zukünftiger Entwicklung könnte auch die Finanzierung anderer sicherheitsrelevanter Aktivitäten in Betracht gezogen werden

Wir fragen darum den Gemeinderat

1. Ist der Gemeinderat bereit, einen Teil der Synergiegewinne von Police Bern zugunsten der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Bern einzusetzen?
2. Falls Ja, ist er nicht auch der Meinung, dass dieses Ziel durch eine Entlastung der Police Bern durch die Stadt selber, etwa durch eine räumliche oder zeitliche Ausdehnung des Einsatzes von PINTO erreicht werden kann?

Bern, 15. Februar 2007

Interpellation Fraktion GFL/EVP (Peter Künzler, GFL/Martin Trachsel, EVP), Ueli Stückelberger, Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Nadia Omar, Susanne Elsener, Erik Mozsa

Interpellation Barbara Streit-Stettler (EVP): Saufgelage im Jugendtreff Graffiti: Wie kann das in Zukunft verhindert werden?

In der heutigen Ausgabe des „20 Minuten“ wird unter dem Titel „Saufparty im Graffiti: Stadt wusste nichts“ über eine Low-Price-Party im Jugendtreff Graffiti berichtet, die am kommenden Samstag stattfinden soll: Jugendliche sollen sich unter dem Motto „pay less, drink more“ für wenig Geld volllaufen lassen können. Der Leiter des städtischen Jugendamtes Jürg Häberli wird im Artikel mit den Worten zitiert: „Das ist unakzeptabel und eine Aufforderung zum Besäufnis“. Obwohl das Graffiti der Stadt gehört, wusste offenbar niemand von der Party.

Wir stellen dazu dem Gemeinderat folgende Fragen:

Wie kam es dazu, dass das Jugendamt der Stadt Bern von dieser Low-Price-Party im Graffiti nichts wusste?

Welche Massnahmen plant der Gemeinderat, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen?

Ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass in Jugendtreffs grundsätzlich kein Alkohol getrunken werden darf und dies in (Unter-)Mietverträgen verankert sein muss?

Inwiefern wird in Leistungsverträgen mit Leistungserbringern für Kinder und Jugendliche der Suchtmittelkonsum thematisiert und werden diese Leistungserbringer auf suchtpreventive Leistungen verpflichtet?

Begründung der Dringlichkeit:

Im Mittelpunkt dieses Vorstosses steht ein Vorfall, der sehr gravierend ist und sich so nicht wiederholen darf.

Bern, 15. Februar 2007

Interpellation Barbara Streit-Stettler (EVP), Martin Trachsel, Anna Magdalena Linder, Peter Künzler, Susanne Elsener, Nadia Omar, Erik Mozsa, Conradin Conzetti, Ueli Stückelberger, Daniel Lerch, Edith Leibundgut, Beat Gubser

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Bernasconi*

Die Protokollführerin: *Franziska Meyer*